

Alle Texte der Informationsstelle Militarisierung zum Thema Afghanistan seit dem Jahr 2005

Bitte nur unter Angabe der Originalquellen zitieren.

<i>Christoph Marischka: Archaische Kämpfer für Afghanistan</i>	2
<i>Christoph Marischka: Ein kontrafaktisches Urteil</i>	3
<i>Tobias Pflüger: Die ISAF sind längst eine Kampftruppe</i>	4
<i>Arno Neuber: Waffendealer, alte Kameraden und Killereinsätze</i>	5
<i>Jürgen Wagner: „Das wäre ein großartiger Beitrag“</i>	6
<i>Tobias Pflüger: Gegen den eskalierenden Krieg in Afghanistan</i>	8
<i>Tobias Pflüger: Abzug aus Afghanistan</i>	8
<i>Jürgen Wagner: Die NATO in Afghanistan:</i>	9
<i>Kevin Gurka: Demokratiedefizit am Hindukusch? Kein Problem für den Exportweltmeister</i>	15
<i>Claudia Haydt: Effektiver Kolonialismus</i>	21
<i>Tobias Pflüger: Keine weiteren NATO-Soldaten nach Afghanistan</i>	23
<i>Tobias Pflüger: Kennen Sie Usbekistan? Neues vom deutschen Militäreinsatz in Afghanistan</i>	24
<i>Claudia Haydt: Lizenz zum Töten</i>	26
<i>Tobias Pflüger: Gegen Afghanistan-Kriegseinsatz und EU-Unterstützung, Rückzug der Truppen</i>	28

Christoph Marischka:

Archaische Kämpfer für Afghanistan

IMI-Standpunkt 2007/044

Die Debatte über Auslandseinsätze soll auf weitere Opfer einstimmen

Die Entsendung deutscher Tornados nach Afghanistan war nur der Anfang. Besser gesagt, sie waren ein Teil einer konstanten Entwicklung zur Normalisierung und Barbarisierung deutscher Kriegspolitik und der Anstoß einer öffentlichen Debatte hierüber. Es ist ja tatsächlich so, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr - aus heutiger Sicht freilich - „ungefährlich“ angefangen haben. Deutsche Soldaten räumten Minen im Persischen Golf, wurden in Somalia fernab der Kampfhandlungen stationiert, ohne wirklich zu wissen, was sie dort sollten, patrouillierten in der Adria oder sie hielten MEDIEVACS zum Abtransport Verwundeter in Ost-Timor bereit. Mit der Zeit wurden auch erste Soldaten unmittelbar in Konfliktgebieten stationiert, aber erst nachdem die eigentlichen Kampfhandlungen vorbei waren. „Ungefährlich“ waren diese Einsätze noch am ehesten für die dort eingesetzten deutschen Soldaten. Denn sie waren alle Schritte zu einer aggressiveren deutschen Außenpolitik. Mittlerweile sind auch die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die internationalen Verträge entsprechend umgedeutet worden und die Bevölkerung ist an Auslandseinsätze gewöhnt. Selbst wenn sie ihnen nicht zustimmt, nimmt sie sie hin. Das sieht man am Beispiel Afghanistan, wo sich dieselbe Entwicklung im Zeitraffer abspielt. Mittlerweile ist der Einsatz martialisch - kriegerisch.

Vom Entwicklungshelfer in Uniform zum Kolonialkrieger

Doch die öffentliche Debatte hinkt der Realität hinterher. Viele wollen in deutschen Soldaten immer noch die „Entwicklungshelfer in Uniform“ sehen, obwohl auch von Seite der Regierung mittlerweile verkündet wird, von diesem Bild müsse man sich verabschieden. Der gegenwärtige Oberkommandierende des Heeres, Hans-Otto Budde, forderte bereits vor seinem Amtsantritt 2004: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann“, einen „Kolonialkrieger“, wie das die Zeitung „Die Welt“ damals übersetzte. Es ist trotzdem noch nicht in der Öffentlichkeit angekommen, dass bereits das erste Enduring Freedom Mandat des Bundestags vom 16. November 2001 den Einsatz des Kommandos Spezialkräfte von Nordafrika bis nach Zentralasien umfasste und dass Friedenserhaltende Maßnahmen oft nichts anderes als Aufstandsbekämpfung sind. Ganz ohne öffentliche Debatte wird gegenwärtig die Oldenburgische Luftlandebrigade 31 trainiert, um ab Juli vier Monate in Afghanistan Dienst zu tun. Sie ist Teil der Division Spezielle Operationen (DSO) und etwas zu gut ausgebildet, um einfach nur Straßensperren zu bewachen. In der Öffentlichkeit wird weiter von einer Trennung des „guten“ ISAF-Einsatzes und dem blutigen, US-amerikanischen Enduring Freedom-Einsatz ausgegangen, obwohl die Bundeswehr bereits vor dem Tornado-Einsatz über 90 so genannte Unterstützungsfüge für die Verbündeten geleistet hat - obwohl es den einen Einsatz nicht ohne den anderen gäbe.

Die deutsche Außenpolitik sieht sich einem Problem gegenüber, das der Hamburger Kriegsforscher Herfried Münkler unter dem Schlagwort der „post-heroischen Gesellschaft“ zusammenfasst. Zwar ist die Zustimmung zu Auslandseinsätzen generell da, doch diese sollen unblutig bleiben und keine eigenen Opfer erfordern. Die Mär der „humanitären Intervention“ und der „Zivilmacht Europa“ hat sich erfolgreich ins öffentliche Bewusstsein eingegra-

ben und ihren Zweck erfüllt. Doch nun muss eine neue Debatte her - das fordern ja auch die Politiker - eine Debatte über die Gewalt und die Opfer der Auslandseinsätze. Sie wird geradezu forciert. Der Einsatz von Tornados sei zwar durch das ISAF-Mandat gedeckt, hieß es, trotzdem gab es eine zusätzliche Abstimmung im Bundestag. Begleitet wurde sie von einer entsprechenden Diskussionen, ob dies nicht ein weiterer Schritt wäre, in eine wahrlich kriegerische Auseinandersetzung zu schlittern. Die Bevölkerung befürchtete eben dies und lehnte den Einsatz überwiegend ab - leider nur in Umfragen. Wir wissen, wie die Abstimmung ausging: Es waren mehr Abgeordnete dagegen, als sonst. Nun, nach einem Anschlag, der als Folge des Tornado-Einsatzes interpretiert wird und deutsche Soldaten das Leben gekostet hat, ist die Debatte wieder aufgeflammt. Es geht dabei aber von Seiten der Regierung nicht darum, militärisches Engagement im Ausland generell in Frage zu stellen, sondern die Bevölkerung auf weitere Opfer einzustimmen.

Sein Leben riskieren, ohne nach dem Sinn zu fragen

Wenn sich ein Großteil der Bevölkerung weiterhin passiv verhält, wird diese Debatte, die auch schon durch das Weißbuch angestoßen werden sollte, darauf hinauslaufen, dass die Einsätze kriegerischer werden, aber nun mal alternativlos seien, dass der Einsatz von Soldaten zur Durchsetzung deutscher Interessen nun einmal Opfer fordere.

An der Überwindung „post-heroischer“ Einstellungsmuster beteiligt sich auch Nicolas Wolz in der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 28.5.2007 und zitiert hierfür - natürlich mit erfundenen Namen, da ihre wirklichen Namen geheim bleiben müssen - Soldaten der DSO, die vor dem Einsatz in Afghanistan stehen. Etwa Hauptmann Thomas Müller, der sich zwar keine Illusionen über die Gefährlichkeit des Einsatzes macht, aber trotzdem keine Angst hat, weil: „Angst hat für mich immer den Beigeschmack von Handlungsunfähigkeit.“ Weiter heißt es im Artikel: „Auch den Soldaten in seiner Kompanie hat er ans Herz gelegt, eine Lebensversicherung abzuschließen, ein Testament zu machen“, gleichzeitig sei Müller stolz darauf, „dass nur vier Soldaten dem Einsatzbefehl widersprochen haben“. Oder Mike Schmitt, dessen Familie Angst um ihn hat: „Ich habe immer gesagt, das kann passieren. Aber als es so weit war, haben sie gesagt: Bleib doch hier! Sie wussten aber auch, dass ich die anderen nie im Stich lassen würde... Jeder denkt an Tod und Verstümmelung. Das gibt aber keiner gern preis.“ Auch Oberfeldwebel Markus Meier hat nach eigenen Aussagen keine Sekunde gezögert. „Es käme für mich nie in Frage, meine Kameraden alleine gehen zu lassen.“ Für Thilo Trampe geht es hingegen „schon auch darum zu beweisen, dass man was kann. Wenn man immer nur übt, ein Haus zu bauen, dann will man irgendwann sehen, ob es auch stehen bleibt.“ Dem fingierten Trampe wird auch das Schlusswort des Artikels überlassen: „Solange die Bundesregierung den Einsatz legitimiert, stellt sich die Frage [eines Abzugs] für mich nicht. Uns als Soldaten obliegt es ohnehin nicht, über Sinn und Unsinn dieses Unternehmens zu entscheiden.“ Das ist nicht nur gefährlicher Kadavergehorsam, sondern auch ein Abschied vom Konzept des Staatsbürgers in Uniform. Der müsste nämlich wissen, dass in Deutschland eigentlich einzig das Parlament Auslandseinsätze legitimiert.

<http://www.imi-online.de/2007.php?id=1571>

Christoph Marischka:

Ein kontrafaktisches Urteil

Verfassungsgericht erklärt Afghanistan zum Verteidigungsfall

IMI-Standpunkt 2007/051 - in: AUSDRUCK (August 2007)

Die nun vom Bundesverfassungsgericht abgewiesene „Klage gegen den Tornadoeinsatz“ der Fraktion „Die Linke“ hatte argumentiert, dass sich die NATO von einem „System kollektiver Verteidigung“ mit dem Ziel der „Wahrung des Friedens“ zu einem Militärbündnis gewandelt habe. Da die Allianz auch außerhalb des Bündnisgebiets - und selbst außerhalb des schwammig formulierten „euro-atlantischen Raums“ - siehe Afghanistan - Kriege und zwar Angriffskriege führe, komme dies einem „informellen Vertragswandel“ gleich, ohne dass dies vom Bundestag gebilligt worden sei. Dieser sei somit in seinen Rechten verletzt worden, wogegen sich die Organklage richtete.

Das Verfassungsgericht folgte dieser Auffassung nicht. „An [...] Anhaltspunkten für eine strukturelle Entfernung der Nato von ihrer friedenswahrenden Ausrichtung fehlt es“, heißt es in der Begründung. Die von der Linkspartei „angegriffenen Maßnahmen lassen keinen Wandel der Nato hin zu einem Bündnis erkennen, das dem Frieden nicht mehr dient und an dem sich die Bundesrepublik Deutschland von Verfassungs wegen daher nicht mehr beteiligen dürfte.“ Die NATO wird von den Verfassungsrichtern also immer noch als reines Verteidigungsbündnis gesehen, deshalb seien auch Auslandseinsätze der Bundeswehr in diesem Rahmen verfassungsgemäß. Entsprechend dem Grundgesetz dient die Bundeswehr nur der Verteidigung. Somit folgt das BVerfG implizit der Aussage Strucks, dass Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird. In der Pressemitteilung zum Urteil steht wörtlich: „Der ISAF-Einsatz hat von Beginn an das Ziel gehabt, den zivilen Wiederaufbau Afghanistans zu ermöglichen und zu sichern, um dadurch ein Wiedererstarben von Taliban, Al-Qaida und anderen friedensgefährdenden Gruppierungen zu verhindern. Die Sicherheitsinteressen des euro-atlantischen Bündnisses sollten dadurch gewahrt werden, dass von einem stabilen afghanischen Staatswesen in Zukunft keine aggressive und friedensstörende Politik zu erwarten ist, sei es durch eigenes aktives Handeln dieses Staates, sei es durch duldendes Unterlassen im Hinblick auf terroristische Bestrebungen auf dem Staatsgebiet.“ Damit wird aber ignoriert, dass der „zivile Wiederaufbau“ fehlgeschlagen ist und stattdessen in Militärkreisen von einer „aggressiven Aufstandsbekämpfungsoperation“ und einem „Krieg“ in Afghanistan die Rede ist. Die Bedrohung durch Terroranschläge ist in Deutschland und anderen NATO-Staaten durch den Afghanistankrieg gestiegen. Die Argumentation, der ISAF-Einsatz diene dem Frieden oder deutschen Sicherheitsinteressen ist also schlicht falsch. Die eben zitierte Begründung verleitet jedoch zu der Interpretation, das BVerfG wolle auch Präventivkriege legitimieren, wenn sie dem Aufbau eines „stabilen Staatswesens“ und der Abwehr möglicher Angriffe dienen sollen.

Das Urteil kommt überraschend. Viele Kommentatoren sahen durchaus Erfolgchancen für die Klage, fast alle rechneten damit, dass das Verfassungsgericht zumindest Einschränkungen für zukünftige Einsätze formulieren würde. Tatsächlich ist eher das Gegenteil der Fall. So wird gleich für weitere Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes grünes Licht gegeben, wenn sie - wie nach Auffassung des BVerfG - der Friedenssicherung dienen: Der „regionale Bezug als Kernelement des Integrationsprogramms des NATO-Vertrags bedeutete jedoch von Beginn an nicht, dass militärische Einsätze der NATO auf das Gebiet der Vertragsstaaten beschränkt

sein müssten... Bei einem Angriff muss die Verteidigung nicht an der Bündnisgrenze enden, sondern kann auf dem Territorium des Angreifers stattfinden, wobei auch dessen langfristige und stabile Pazifizierung der Sicherung eines dauerhaften Friedens des Bündnisses dient. Insofern entspricht neben der militärischen Verteidigung gegen einen Angriff auch ein damit sachlich und zeitlich in Verbindung stehender komplementärer Krisenreaktionseinsatz auf dem Gebiet des angreifenden Staates...“ Wenige Sätze später wird selbst die Notwendigkeit eines konkreten Angriffs in Frage gestellt: „Krisenreaktionseinsätze können auch unabhängig von einem äußeren Angriff oder ergänzend zur dauerhaften Befriedung eines Angreifers dem Zweck des NATO-Vertrags entsprechen.“

Damit folgt das Verfassungsgericht seiner bisherigen Strategie, im Bereich der Außenpolitik rechtliche Beschränkungen der Exekutiven zu negieren. Im Urteil heißt es: „Das Grundgesetz hat der Regierung im Bereich auswärtiger Politik einen weit bemessenen Spielraum zu eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung überlassen.“ Hinsichtlich der Operation Enduring Freedom (OEF) und des Völkerrechts stellten die Karlsruher Richter ihre Kompetenz (in doppelter Hinsicht) selbst in Frage: „Weder hat das Bundesverfassungsgericht zu prüfen, ob die Anschläge des 11. September 2001 völkerrechtlich dem damaligen afghanischen Taliban-Regime zugerechnet werden können, noch ist zu entscheiden, ob sich die Operation Enduring Freedom auf das Recht auf kollektive Selbstverteidigung stützen konnte...“

Gerade deshalb aber sei eine strikte Trennung der beiden Einsätze notwendig. Genau diese hält das Verfassungsgericht für gegeben: „...nicht nur rechtlich, sondern auch in der praktischen Durchführung [sind] hinreichende Vorkehrungen dafür geschaffen, dass es zu einer Vermischung der Operationen mit der Folge der Auflösung der bisherigen Trennung der Verantwortungsbereiche nicht kommt“. Die Grundlage für diese Einschätzung beruht ausschließlich auf der Aussage des Generalinspektors der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan. Sein Vorgesetzter ist offensichtlich eigentlich anderer Meinung. Auf die Frage, ob er ausschließen könne, „dass die Informationen, die die Aufklärungsflüge der Tornados bringen, auch zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen im Rahmen der ‚Operation Enduring Freedom‘ herangezogen werden?“ antwortete Verteidigungsminister Jung gegenüber der „Welt“ vom 4.2.2007: „Ich kann das nicht ausschließen, und ich will es auch nicht ausschließen. Eines muss klar sein: Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein zentraler Aspekt.“(1) Unmittelbar nach dem Urteil sagte auch der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz: „Isaf und OEF sind zwei Seiten einer Medaille.“(2)

In der Presse wurde das Urteil überwiegend begrüßt, da es rechtliche Schranken für Auslandseinsätze aus dem Weg räumte und der Regierung freie Bahn lässt. Kritik kam allerdings auch hier an der äußerst gewagten Argumentationsweise des obersten Gerichts. In einem Kommentar der Süddeutschen wurde das Urteil als „indifferent und wurstig“ bezeichnet: „Das Urteil ist nicht im Tenor zu geißeln, es ist im Ergebnis durchaus vertretbar. Zu beklagen ist aber der methodische Unernst, zu beklagen ist die merkwürdige Indifferenz, ja die Wurstigkeit, mit der die Verfassungsrichter eine existentielle Problematik abhandeln - man muss fast schon sagen, wie sie sich ihrer entledigen. Das floskelhafte Urteil sagt nämlich in

Kürze folgendes: Solange die Nato nur behauptet, dass ihre Aktionen friedenssichernd sind, sind sie es auch und stehen daher auf dem Boden des Nato-Vertrages von 1955.“(3)

Anmerkungen:

1) Jürgen Wagner: „Das wäre ein großartiger Beitrag“ – Deutschlands Tornadoeinsatz in Afghanistan, in: IMI-Analyse 2007/02b, in: AUSDRUCK (April 2007). Alle vorangegangenen Zitate entstammen dem Urteil des BVerfG (2 BvE 2/07) und der

dazugehörigen Pressemitteilung, Quelle: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg07-072.html>

2) Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,492267,00.html>

3) Quelle: <http://www.netzeitung.de/presseschauen/687931.html>

<http://www.imi-online.de/2007.php3?id=1595>

Tobias Pflüger:

„ISAF-Einheiten sind längst eine Kampftruppe“

Afghanistan: Bundeswehrsoldaten sind keine Entwicklungshelfer, sondern im Kriegseinsatz. Ein Gespräch mit Tobias Pflüger

IMI-Standpunkt 2007/043, Interview in: *Junge Welt*, 23.05.2007

Markiert der Tod dreier deutscher Soldaten durch ein Selbstmordattentat in Kundus vielleicht den Anfang vom Ende des deutschen Einsatzes in Afghanistan?

Das hoffe ich sehr. Ich gehe davon aus, daß immer mehr Menschen deutlich wird, daß die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan nicht als zivile Entwicklungshelfer agieren, sondern voll involviert sind in den Krieg. Die ISAF-Einheiten (»Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan«, jW) haben sich längst von einer sogenannten Stabilisierungs- zu einer Kampftruppe entwickelt. Mit dem Einsatz von »Tornado«-Jets ist Deutschland jetzt auch unmittelbar als Kriegshelfer aktiv.

Gleichwohl beharren die Verantwortlichen darauf, daß die NATO-»Schutztruppe« mit der US-geführten Operation Enduring Freedom (OEF) nichts zu tun hätte.

Für mich ist diese – im übrigen speziell deutsche – Lesart schlechthin die Lebenslüge des ISAF-Einsatzes. Bereits vor zwei Jahren hat mir der politische Vertreter der NATO für Afghanistan, Hikmet Cetin, im Auswärtigen Ausschuß dargelegt, daß ISAF und OEF aufs engste zusammenarbeiten. Heute gilt das noch mehr als damals: Inzwischen werden beide Einsätze von demselben US-amerikanischen Oberbefehlshaber geleitet. Es besteht zwischen den Operationen ein intensiver Informationsaustausch, auch die jeweiligen – eben kriegerischen – Aktivitäten gehen ineinander über. Es steht außer Frage: Beides sind Kriegseinsätze, an beiden sind deutsche Truppen beteiligt. Wer weiterhin anderes behauptet, verkauft die Bevölkerung vorsätzlich für dumm.

Seit dem Attentat in Kundus flimmern über alle Kanäle Bilder von Bundeswehrsoldaten, die suggerieren, die Deutschen wären den Einheimischen die liebsten Freunde. Haben Sie andere Informationen?

Die Bundeswehr hat im Norden im wesentlichen vier Aufgaben: Patrouillen, die Ausbildung der afghanischen Armee, den Lufttransport von Verletzten und – was ganz entscheidend ist – die Versorgung sämtlicher Truppen, nicht nur der deutschen, auf dem Luftweg, ausgehend insbesondere von Termez in Usbekistan. Deutschland unterhält dort als einziger verbliebener militärischer Bündnispartner des Regimes von Islam Karimow einen Militärstützpunkt. Karimow ist weltweit geächtet und isoliert, die EU hat gegen Usbekistan Sanktionen verhängt, seit im Mai 2005 Truppen in der Provinzstadt Andischan mehrere tausend Menschen zusammenschossen. Wir fordern deshalb schon lange die Schließung des

deutschen Stützpunktes, ohne den der gesamte Afghanistan-Einsatz, so wie er momentan läuft, nicht mehr möglich wäre.

Wissen Sie, wo und wie das deutsche Kommando Spezialkräfte (KSK) eingesetzt wird?

Nach meinem Informationsstand war das KSK seit Antritt der CDU-SPD-Bundesregierung nicht mehr bei der Operation Enduring Freedom in Afghanistan aktiv. Dafür allerdings im Rahmen von ISAF zum Beispiel im Oktober 2006. Das erklärt sich damit, daß das Kriegführen inzwischen auch Sache der ISAF-Truppen ist. Und das KSK ist bei anderen Bundeswehreinsetzungen aktiv, etwa mit 25 Mann im Kongo, wie ich bei einem Besuch der EUFOR-Truppen dort erfahren hatte.

Ein beliebtes Argument für den Verbleib in Afghanistan ist die These, daß man die Afghanen nicht sich selbst, den Taliban und Warlords überlassen dürfe. Was halten Sie dem entgegen?

Zunächst erachte ich die Leistungen in punkto Wiederaufbau für nicht annähernd so groß, wie behauptet wird. Zweitens gibt es keine schlechteren Bedingungen für den Aufbau von Zivilgesellschaft und Demokratie als das alltägliche Totbomben unschuldiger Zivilisten durch ihre sogenannten Befreier. Allein im vergangenen Jahr sollen in Afghanistan mindestens 4400 Zivilisten getötet worden sein. Drittens glaube ich, daß die Lage weiter eskalieren wird, auch unter aktiver Beteiligung der Bundeswehr, insbesondere im Süden. Deshalb kann es nur eine Lösung im Sinne der deutschen Soldaten und der afghanischen Bevölkerung geben: den Abzug der Truppen. Die Forderung der Friedensbewegung muß lauten: Ende aller deutschen Auslandseinsätze, angefangen mit Afghanistan.

Interview: Ralf Wurzbacher

<http://www.imi-online.de/2007.php3?id=1566>

Arno Neuber:

Waffendealer, alte Kameraden und Killereinsätze

Das Kommando Spezialkräfte in Calw

IMI-Standpunkt 2007/035 - in: UZ 28.03.2007

In der Graf-Zeppelin-Kaserne der Herman-Hesse-Geburtsstadt Calw hat das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr seinen Sitz. Eine Truppe, die immer wieder durch die Presse geistert, wenn von Auslandseinsätzen deutscher Soldaten die Rede ist, über die man aber nicht wirklich viel weiß.

Im Herbst 1996 begann offiziell die Aufstellung der Truppe, aber schon Jahre zuvor wurde „ohne viel öffentliches Rampenlicht“ am Aufbau einer Bundeswehr-Spezialeinheit gearbeitet, wie die Tageszeitung „Die Welt“ im Mai 1995 berichtete. Der Bundestag wurde erstmals im März 1995 von dem Vorhaben unterrichtet. „Konsequenter Schweige-Kurs“ übersetzt die FAZ (19.10.06) die Buchstaben KSK in Anspielung auf die Informationspolitik der Regierung, wenn es um die „Pudelmützen aus Calw“ geht.

Von ihren Einsätzen wurden bislang lediglich die Verteidigungsobleute der Bundestagsfraktionen unterrichtet - in der Regel im Nachhinein. Hatte das Bundesverfassungsgericht im August 1994 weltweite Bundeswehreinätze nur im Rahmen eines „kollektiven Sicherheitssystems“ und nach vorgehender Zustimmung des Bundestages gestattet, so operierte das KSK von Anfang an unter deutschem Kommando. Der Bundestag wurde über die Einsätze im Dunkeln gelassen.

Mehrfach soll das KSK nach Bundeswehr-Aussagen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo im Einsatz gewesen sein. Auftrag unbekannt.

Während des Überfalls der israelischen Armee auf den Libanon, waren Soldaten aus dem Stab der Division Spezielle Operationen (DSO), zu der das KSK gehört, in Zivil in Beirut. Offiziell, um bei der Evakuierung deutscher Staatsbürger zu helfen. Was die Kommandosoldaten sonst noch alles im Libanon erledigten ist geheim. Zu ihrem offiziellen Auftrag gehören jedenfalls auch Spionage und Sabotage.

Als im November 2006 die Verlängerung des Bundeswehr-Mandates für die Beteiligung am sog. Antiterror-Krieg der USA (Operation „Enduring Freedom“) anstand, bei dem auch bis zu 100 Soldaten des KSK eingesetzt werden können, mussten Abgeordnete einen Blanko-Scheck ausstellen: „Wir haben keinerlei Information, was die machen“, erklärte beispielsweise ein FDP-Abgeordneter.

Im Sommer 2005 berichtete der „Stern“ nach einem konspirativen Treffen mit KSK-Soldaten, dass dort besonders hart „Direct Action“ trainiert worden sei, „und zwar die dreckigen Varianten“. Die Einsätze wurden so beschrieben: „Verdeckt ran an die Zielperson, ein Schuss, das war's.“ Seit Mai 2005 sollen 106 KSK-Soldaten zum zweiten Mal im Rahmen der US-geführten Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan gewesen sein. Offenbar operierten sie dabei als eine Art Todesschwadron im Regierungsauftrag.

Die ersten KSK-Soldaten trafen bereits im Dezember 2001, nach dem Einmarsch der US-Truppen in Afghanistan, auf deren Stützpunkt in Kandahar ein. Bis zum März des folgenden Jahres sollen sie an der Seite von US-Einheiten an Kampfeinsätzen gegen Taliban und Al-Kaida-Angehörige teilgenommen haben. Einsätze, bei denen offenbar niemand nach Kriegs- oder Völkerrecht fragte.

Wenn es stimmt, was der ehemalige KSK-Kommandeur Reinhard Günzel und der GSG-9-Gründer Ulrich Wegener in einem gemeinsamen Buch über die Truppe schreiben, dann wissen die KSK-Soldaten „genau, wo ihre Wurzeln liegen.“ Nämlich bei der Elite-Einheit der Nazi-Wehrmacht „Die Brandenburger“. Dort

ließe sich nicht nur „Kameradschaft und Korpsgeist“ studieren, sondern auch eine Kampfweise, die von „List und Tücke geprägt“ und die auch „nicht von dem damaligen Kriegsvölkerrecht gedeckt“ gewesen sei.

Die „Brandenburger“ waren eine der brutalsten Einheiten im Nazi-Heer. Sie unterstanden zunächst der Auslandsabteilung des Admirals Wilhelm Canaris im Oberkommando der Wehrmacht und wurden später in die SS eingegliedert. Ihre Blutsur zieht sich durch ganz Europa.

Die offizielle Bundeswehr-Propaganda betont stets das Bild des technisch perfekten und dabei „psychisch abgeklärten“ Kommando-Soldaten. Man wolle keine „Rambos“ beim KSK, heißt es in jeder Presseerklärung. Dabei blieb man bei der Truppe stets auf Tuchfühlung zu den alten Nazi-Kameraden. Im September 1996 übernahm das KSK eine Patenschaft für das „Kameradenhilfswerk“ der 78. Sturm- und Infanteriedivision der Wehrmacht.

Während der Vorbereitungen auf den Einsatz in Afghanistan fuhr die Truppe in ihrem „Camp Justice“ in Oman mit Geländewagen herum, die mit dem Symbol von Rommels Afrikakorps bemalt waren. Ein KSK-Soldat erklärte im Herbst 2006 der Zeitschrift „Stern“: „Ein paar unserer Jungs sind Ewiggestrige und fanden es besonders schick, mit dieser Wehrmachtsinsignie herumzufahren.“ Die so „verzierten“ Fahrzeuge fuhr nach Zeugenaussagen auch in der Calwer Kaserne herum.

Im Frühjahr 1997 ermittelte die Tübinger Staatsanwaltschaft und das Referat „Ermittlung in Sonderfällen“ des „Verteidigungsministeriums“ beim KSK. Ein Kommandosoldat war in einen schwinghaften Handel mit „NVA-Beutewaffen“ verwickelt, bei dem Pistolen, Schnellfeuerwaffen und andere Waffen verschoben wurden.

Im Oktober des letzten Jahres empörten sich Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Bundestages darüber, dass die Spezialtruppe wohl „ein Stück weit“ der Kontrolle entglitten war. Die Empörung war naiv. Richtigerweise fragte die FAZ (13.11.06): „Hat es je ein Phase gegeben, in der das Parlament die Spezialeinheit wirksam kontrollieren konnte?“ Natürlich nicht. Und: Das war auch nie vorgesehen. Das KSK ist eine Truppe der Exekutive, daran ändert auch nichts, dass „Verteidigungsminister Jung Ende November 2006 den Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsparteien versprach, nach (!) KSK-Einsätzen den Fraktionen einen schriftlichen Bericht zukommen zu lassen.

Durch die Aussagen von Murat Kurnaz erfuhr die Öffentlichkeit, dass KSK-Angehörige auch an der Bewachung von Gefangenen beteiligt waren, die anschließend in US-Folterlagern verschwanden. Kurnaz berichtete auch von Misshandlungen durch KSK-Soldaten.

Das Kommando Spezialkräfte ist die Speerspitze einer Bundeswehr, die entgegen ihrem Auftrag „Landesverteidigung“ im Grundgesetz, inzwischen zur globalen Interventionstruppe geworden ist, für deren Einsätze es laut der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ „weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch“ irgendwelche Grenzen gibt.

Am Karsamstag werden die Ostermarschierer aus Baden-Württemberg vor der KSK-Kaserne in Calw die Forderungen der Friedensbewegung nach Abzug des Kommandos aus Afghanistan und Auflösung der Truppe erneuern. Spart endlich an der Rüstung – und fangt mit dieser Truppe an!

Jürgen Wagner:

„Das wäre ein großartiger Beitrag“

- Deutschlands Tornadoeinsatz in Afghanistan

IMI-Analyse 2007/02b - in: AUSDRUCK (April 2007)

Ursprünglich plante die Bundesregierung die Verlegung deutscher Tornado-Aufklärungsflugzeuge, die insbesondere zur Unterstützung von Kampfeinsätzen im schwer umkämpften Süden Afghanistans dienen sollen, ganz ohne Parlamentsbeschluss durchzuführen. Nachdem sie aber selbst aus den eigenen Reihen starken Gegenwind erhielt, ruderte sie zurück und räumte dem Bundestag die Möglichkeit ein, den ohnehin gefällten Beschluss wenigstens formal abzunicken. Während das Bundeskabinett den Einsatz am 7. Februar beschlossen hatte, war also am 9. März der Bundestag an der Reihe, die Entsendung der Tornados durchzuwinken. Allerdings verlief die ganze Angelegenheit keineswegs so reibungslos, wie sich das die Bundesregierung vorgestellt hatte: immerhin 157 Parlamentarier, davon allein 69 aus der SPD und fünf aus der Union, lehnten den Antrag ab - mit gutem Grund, wie hier dargelegt werden soll.

Geht es nach den Plänen der Bundesregierung, sollen bis Mitte April sechs mit Kamerasystemen zur Luftaufklärung ausgestattete „Rece-Tornados“ an den Hindukusch geschickt und in Mazar-i-Scharif stationiert werden, ihr Einsatzgebiet umfasst aber das ganze Land. Zudem sollen im Rahmen des €35 Mio teuren Einsatzes zusätzlich bis zu 500 weitere Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan entsandt werden können. Hierdurch wird aber die vom Bundestag Ende letzten Jahres auf 3000 Bundeswehrsoldaten festgesetzte Obergrenze für den ISAF-Einsatz in Afghanistan überschritten. Da gegenwärtig (Stand 24. Januar) dieses Kontingent mit 2916 Mann nahezu vollständig ausgeschöpft ist, war schon allein deshalb ein neues Mandat erforderlich.

Das eigentlich Problematische dabei ist aber, dass Deutschland hiermit endgültig und dauerhaft in den amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ eingebunden wird und sich somit zum Komplizen des US-Amoklaufs macht. Hierbei handelt es sich um den Schritt über den Rubikon, denn bislang hält sich Deutschland - abgesehen von Einsätzen des Kommando Spezialkräfte - zumindest offiziell aus dem US-Einsatz zur „Terrorbekämpfung“ in Afghanistan heraus, der zumindest auf dem Papier strikt vom ISAF-Mandat der NATO getrennt ist.

OEF und ISAF - Zwei Truppen, derselbe Krieg

In Afghanistan operieren derzeit zwei unterschiedliche Kriegseinsätze neben- und zunehmend auch miteinander: einmal die US-geführte Operation Enduring Freedom (OEF) im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“, auf der anderen Seite die ISAF-Mission der NATO, die sich im Gegensatz zur OEF gern als „Friedenseinsatz“ und „Stabilisierungsmission“, eine Art „bewaffnete Sozialarbeit“ zur Entwicklungshilfe tarnt. So äußerte sich etwa der CDU-Abgeordnete Ruprecht Polenz während der Bundestags-Debatte am 19. Januar: „Wir führen in Afghanistan keinen Krieg, sondern wir sind von der afghanischen Regierung eingeladen worden und arbeiten auf der Basis eines UN-Mandates.“ Dabei handelt es sich allerdings um pure Rhetorik, wie SPD-Fraktionschef Peter Struck verdeutlicht: „Es ist ohnehin ein Kampfeinsatz.“ Aus diesem Grund stelle sich die Frage, ob die Entsendung der Tor-

nados eine neue Qualität darstelle, überhaupt nicht: „Wir sind in Afghanistan, um die Regierung Karsai im Kampf gegen die Taliban zu unterstützen.“ Dies erfordere auch den Schutz von Nato-Soldaten vor Taliban-Angriffen - „auch mit deutscher Luftaufklärung.“ (tagesschau.de 2.7.2007)

Allerdings betont die Bundesregierung weiterhin: „die operative und die Mandatstrennung zwischen ISAF und OEF bestehen unverändert fort.“ (Drucksache 16/2380) Angesichts der Realitäten vor Ort, dürfte diese Aussage aber wohl eher ein Lippenbekenntnis darstellen. Denn während die „Terrorismusbekämpfung“ offiziell ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der OEF fällt, schließt das ISAF-Mandat „Aufstandsbekämpfung“ explizit ein. „Wir waren dort nie neutral. Wir haben uns auch im Isaf-Mandat über das Ausmaß des Brunnenbauens hinaus engagiert. Dieses Mandat umfasst explizit die Bekämpfung von Aufständischen“, erklärt der CDU-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg. (Spiegel Online, 31.1.07) Nachdem aber die NATO ihre Zuständigkeit, die anfangs noch strikt auf Kabul begrenzt war, bis zum Herbst 2006 sukzessive auf das ganze Land ausgedehnt hat, verwischt die Trennung beider Einsätze bis zur Unkenntlichkeit. Dies trifft vor allem für den umkämpften Süden zu, wo „Aufständische“ von „Terroristen“ schlicht nicht zu unterscheiden sind und sowohl OEF als ISAF in immer heftigere Kampfhandlungen verstrickt werden.

Deutschland als Komplize von Washingtons „Krieg gegen den Terror“

Im Wesentlichen entbrannte die Debatte um die Entsendung der Tornados darüber, ob die gesammelten Aufklärungsdaten, auf deren Grundlage anschließende Bombardements erfolgen werden, ausschließlich der NATO-ISAF-Mission oder eben auch der OEF zur Verfügung gestellt werden und inwieweit dies mit der formalen Trennung beider Missionen zu vereinbaren sei.

Der Bundestags-Antrag (Drucksache 16/4298) ließt sich diesbezüglich extrem schwammig: „Der ISAF-Operationsplan sieht eine restriktive Übermittlung von Aufklärungsergebnissen an OEF vor. Die Übermittlung erfolgt nur, wenn dies zur erfolgreichen Durchführung der ISAF-Operation oder für die Sicherheit von ISAF-Kräften erforderlich ist.“ Diese Formulierung lässt genügend Spielraum, um sich hierdurch aktiv am US-geführten OEF-Einsatz zu beteiligen. Und tatsächlich zeigen die Aussagen von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung, wie „restriktiv“ diese Informationsübermittlung in der Praxis gehandhabt werden dürfte. Auf die Frage, ob er ausschließen könne, „dass die Informationen, die die Aufklärungsflüge der Tornados bringen, auch zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen im Rahmen der ‚Operation Enduring Freedom‘ herangezogen werden?“ antwortete er: „Ich kann das nicht ausschließen, und ich will es auch nicht ausschließen. Eines muss klar sein: Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein zentraler Aspekt.“ (Die Welt, 4.2.2007)

Der Tornado-Einsatz dient also direkt der Unterstützung von Bombenangriffen, und zwar nicht nur zur Aufstandsbekämpfung

im Rahmen des ISAF-Mandats, sondern auch für den US-Terrorkrieg unter OEF-Flagge, wie der Chef der US-Truppen in Afghanistan, General Karl Eikenberry, verdeutlicht. Er bestätigt den regen Informationsaustausch zwischen den beiden Missionen und fügt danach hinzu: „Dieser Austausch führt dann aber nicht notwendigerweise zu Militäraktionen.“ (HNA 30.01.2007) Kein Wunder also, dass Eikenberry die Entsendung der deutschen Tornados als einen „sehr großen Beitrag“ zur Unterstützung des US-Terrorkrieges lobt.

Da vorgesehen ist, das bis zum 13. Oktober befristete Tornado-Mandat anschließend mit dem ISAF-Mandat zu verschmelzen, dessen Verlängerung im Bundestag zu diesem Zeitpunkt ansteht, wird sich Deutschland so zu einem permanenten Komplizen des US-amerikanischen „Kriegs gegen den Terror“ machen, wie der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz unmissverständlich klar macht: „Das ist ein Dauerprojekt, da wird man Bestandteil des militärischen Kampfes gegen die Terroristen wie Taliban und al-Qaida.“ (Spiegel Online, 27.1.07)

Zehn Jahre Aufstandsbekämpfung

Während schon die ISAF-Mission auf starken, teils auch gewalttätigen Widerstand stößt, gilt dies umso mehr für den OEF-Terrorkrieg, in dessen Dienst sich die Bundesregierung mit der Entsendung der Tornados nun auch offen stellt. Es handelt sich hierbei also um einen Beschluss von erheblicher Tragweite, der aber mehr den formalen Abschluss einer sich schon länger abzeichnenden Entwicklung darstellt, wie Die Welt (17.1.07) verdeutlicht: „Bei der aktuellen Debatte geht um mehr als um die Entsendung von ein paar Flugzeugen. Wenn entschieden wird, dass die Tornados zum Einsatz kommen, wird Deutschland damit zur Kriegspartei. [...] Bislang wird der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch oft als erweiterte Form der Entwicklungshilfe dargestellt. Die Deutschen sitzen relativ sicher im Norden, bohren Brunnen, bauen Straßen und decken Schuldächer. Im Süden sterben kanadische Soldaten. Das Bild ist schon jetzt falsch, was auch die zunehmenden Angriffe auf die Bundeswehr im vergangenen Jahr zeigten.“

Die „zunehmenden Angriffe“ hängen dabei elementar damit zusammen, dass immer mehr Afghanen klar wird, dass sie es mit Okkupanten, nicht mit Wohltätern zu tun haben. Denn während sich westliche Konzerne schamlos in die eigenen Taschen wirtschaften, hat sich die humanitäre Situation im Land in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Aus diesem Grund wächst der Widerstand gegen die westlichen Besatzungstruppen dramatisch an, egal ob diese unter ISAF oder OEF-Flagge operieren. Da beide Missionen dasselbe Ziel verfolgen, Afghanistan zu einem „Pilotprojekt“ westlicher Besatzungspolitik zu machen, ist die zunehmende Verschmelzung beider Einsätze in sich ebenso logisch, wie die Tatsache, dass man sich auf einen lang andauernden Kriegseinsatz einstellt. SPD-Fraktionschef Struck gab an, die westlichen Truppen müssten mindestens zehn Jahre im Land bleiben.

Bei den zunehmenden Auseinandersetzungen - das Wort „Aufstand“ wird in NATO-Kreisen immer offener verwendet - steigen auch die Opferzahlen. Allein im Jahr 2006 kamen Human Rights Watch zu Folge mehr als 4400 Afghanen im Rahmen von ISAF- und OEF-Einsätzen ums Leben. (Die Welt 31.1.07) Dabei kommt es auch immer häufiger zu Opfern unter der Zivilbevölkerung,

woran künftig auch die deutschen Tornados einen massiven Anteil haben werden.

Unterstützung von Kriegsverbrechen

Dass die USA im Rahmen der OEF - wobei sich in jüngster Zeit auch Berichte über zivile Opfer nach ISAF-Angriffen häufen - schon einmal Fünf gerade sein lassen, wenn es um den Schutz der Zivilbevölkerung geht, ist mehr als bekannt, auf der Terroristenjagd wird schon einmal eine Hochzeitsgesellschaft bombardiert. Mit der Entsendung der Tornados macht sich Deutschland hierbei unweigerlich zum Mittäter, wie Walter Jertz, General a.D und bis vor kurzem war er Chef des Luftwaffenführungskommandos, bestätigt, der jedoch die Bundesregierung lediglich dazu auffordert diesbezüglich Klartext zu reden: „Es muss der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass zwar die Aufklärungstornados nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt werden, aber das Liefern von Fotos der Aufklärungstornados kann im Süden von Afghanistan dazu führen, dass Kampfhandlungen durchgeführt werden. Und das kann auch bedeuteten, dass Zivilisten zu Schaden kommen und dieses wollen wir natürlich letztlich auch offen aussprechen, dieses müssen wir auch offen aussprechen.“ (Kontraste, 15.2.2007)

Bundeswehrverbandschef Gertz sieht hierin immerhin ein Problem: „Was die Verbündeten gemacht haben, ist nicht hinnehmbar. Da wurden mit Bomben aus der Luft angebliche Ziele bekämpft und in nicht tolerablen Ausmaß Unschuldige getroffen.“ (tageschau.de 20.1.2007) Wenn Deutschland hierfür mit den Tornado-Aufklärungsflügen Zuarbeit leistet, handelt es sich hierbei um ein Kriegsverbrechen. Das von Deutschland unterzeichnete Statut des Internationalen Gerichtshofes (Artikel 8,2b,iv) verbietet eindeutig ein „vorsätzliches Führen eines Angriffs in der Kenntnis, dass dieser auch Verluste an Menschenleben, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder weit reichende, langfristige und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen wird, die eindeutig in keinem Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.“

Der frühere parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium und CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer jedenfalls sieht diesen Tatbestand mehr als erfüllt: „Die deutschen Piloten, die mit diesen Flugzeugen die Dörfer ausfindig machen, die anschließend von den Amerikanern zerstört werden, sind damit auf dem direkten Flug nach Den Haag. Wenn man - im Sinne der vielzitierten Kollateralschäden - Menschen aus der Luft bekämpft, fliegt jeder Pilot direkt in die Kriegsverbrechen hinein.“ (Spiegel Online 27.1.07) Die Bundeswehr-Kampfeinsätze werden darüber hinaus nicht nur von der Mehrheit der Afghanen abgelehnt. Ende letzten Jahres ermittelte emnid (N24, 28.11.06), dass 87% der Bevölkerung jedweden Kampfeinsatz deutscher Soldaten in Afghanistan ablehnen. Da die gesamte ISAF-Mission aber nichts anderes als ein groß angelegter Kampfeinsatz ist, sollten die Bundestagsabgeordneten diese Meinung respektieren und nicht nur die Tornados, sondern sämtliche deutschen Truppen sofort zurückpfeifen.

Quelle: <http://www.imi-online.de/download/JW-April07.pdf>

Tobias Pflüger:

Gegen den eskalierenden Krieg in Afghanistan

IMI-Standpunkt 2007/017 - in: L'Humanite, 19.03.2007

Am 20. März 2003, also genau vor vier Jahren, wurde der Krieg gegen den Irak begonnen. Danach besetzten Truppen aus den USA, Großbritannien und weitere Koalitionstruppen den Irak. Inzwischen ist die Situation für die Menschen im Irak auch insbesondere durch die brutale Besatzungspolitik unerträglich. Überall auf der Welt fanden jetzt große Demonstrationen gegen den laufenden Krieg im Irak statt. Das ist gut so, die westlichen Besatzungstruppen müssen endlich abziehen!

Doch statt aus diesem Krieg die Lehren zu ziehen, wird ein weiterer Krieg gegen den Iran konkret vorbereitet und der Krieg in Afghanistan wird immer weiter verschärft.

Die Truppen für einen Krieg gegen den Iran sind in der Region aufmarschiert, das berichtet die BBC. Nun hat die US-Regierung einen zweiten Flugzeugträger im Persischen Golf stationiert. Auch der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark sieht eine konkrete Kriegsgefahr. Wir müssen nun mobilisieren gegen diesen geplanten Krieg gegen den Iran.

In Afghanistan gibt es offiziell zwei verschiedene Militäreinsätze: Die US-geführte Operation Enduring Freedom (OEF), der so genannte „Krieg gegen den Terror“ und die NATO-Truppe ISAF (International Security Assistance Force). Beide Einsätze vermischen sich immer mehr. ISAF wandelt sich, so die deutsche Hauptnachrichtensendung Tagesschau „Von der Schutztruppe zur

Tobias Pflüger:

Abzug aus Afghanistan

IMI-Standpunkt 2006/084 - in Schwäbisches Tagblatt, 27.10.2006

Was muss eigentlich noch passieren, bis die deutschen Soldaten aus Afghanistan abgezogen werden? Leichenschändungen von deutschen Gebirgsjägern am Hindukusch, der Fall Kurnaz und die wahrscheinliche Kooperation beim Foltern und Misshandeln von Gefangenen durch das Kommando Spezialkräfte sprechen eine deutliche Sprache. Deutschland wird nicht am Hindukusch verteidigt.

Stattdessen wird immer deutlicher, dass deutsche Soldaten in aller Welt Hass auf sich ziehen. Deutschland versinkt mehr und mehr im Sumpf der Auslandseinsätze der Bundeswehr: im Kongo, wo die EU als parteiischer Akteur zugunsten des autokratischen Präsidenten Kabila wahrgenommen wird oder in Afghanistan, wo bei westlichen Angriffsaktionen der Tod von Zivilisten als „Kollateralschaden“ achselzuckend hingenommen wird. Fast 9000 Bundeswehrsoldaten sind schon im Auslandseinsatz, und geht es nach dem Willen der Bundesregierung, sollen es noch mehr werden. Das am Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedete Weißbuch zeigt, dass für die Zukunft sogar noch Schlimmeres vermutet werden muss. Die „Enttabuisierung des Militärischen“ (Gerhard Schröder) ist inzwischen weit fortgeschritten: „Die Bundeswehr beschreitet seit Jahren konsequent den Weg des Wandels zu einer Armee im Einsatz“, heißt es in dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Dokument.

Auffällig ist, wie offen das Weißbuch erklärt, die Bundeswehr habe militärisch für die Absicherung der Rohstoffversorgung zu sorgen: Deutschland sei „in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig. [...] Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit

Kampftruppe“.

Die NATO begann am 6. März ihre angekündigte Frühjahrsoffensive „Operation Achilles“. Mit 5.500 Soldaten greift die NATO in der Provinz Helmand an, es sei der größte Bodenkrieg, den die NATO jemals führte, so ein NATO-General. Was die NATO in Afghanistan betreibt ist eine „Irakisierung“ des Landes, immer mehr Zivilisten werden umgebracht. Deutschland spielt im Afghanistankrieg eine Schlüsselrolle, nun auch mit Kampfflugzeugen des Typs Tornados, die offiziell nur Aufklärer, tatsächlich aber „Angriffshelfer“ (Tagesschau) sind.

157 Bundestagsabgeordnete, soviel wie noch nie, stimmten gegen den Einsatz der Tornados. Die Linksfraktion wird erfreulicherweise vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Einsatz klagen. Oskar Lafontaine kritisierte im Namen der Linken den Einsatz als völkerrechtswidrig und forderte den Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan. Genau das ist das Gebot der Stunde.

Auf einer Veranstaltung in Berlin mit Oskar Lafontaine und Franco Giordano von Rifondazione Comunista habe ich kürzlich folgenden Vorschlag gemacht: Die Linke in Europa sollte eine Kampagne starten gegen diese Frühjahrsoffensive der NATO in Afghanistan, mit dem Ziel des Rückzugs der Truppen.

<http://www.imi-online.de/2007.php3?id=1513>

eine immer wichtigere Rolle spielen.“ Aus diesem Grund „muss die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden.“

Die Beteiligung an NATO und EU-Militäreinsätzen mit und ohne UN-Mandat ist dabei Mittel zum Zweck. Bezüglich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wird im Weißbuch im Wesentlichen die im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) wiedergegeben. Insbesondere wird auch einer ihrer Kernsätze übernommen: Die erste „Verteidigungslinie wird hierbei oft im Ausland liegen.“

Als Fachmann, der das Kommando Spezialkräfte (KSK) seit seiner Gründung im Jahr 1996 intensiv begleitet, hatte ich seit Jahren vor der Gefahr des Einsatzes dieser geheimen Elitetruppe der Exekutive gewarnt. Seit meinem Einzug ins Europäische Parlament weise ich zudem auch am Beispiel des Kommandos Spezialkräfte (KSK) darauf hin, wie wichtig eine – auch auf EU-Ebene eben nicht vorhandene – parlamentarisch-politische Kontrolle von Militäreinsätzen ist. Genau diese parlamentarisch-politische Kontrolle war auch Thema Bei meinem Besuch des Kommando Spezialkräfte am 17. Juli diesen Jahres erklärte KSK-Chef Brigadegeneral Rainer Hartbrod, dass er nicht wisse, wie die parlamentarische Kontrolle genau ablaufe, er sich aber sicher sei, dass sie gesichert wäre. Brigadegeneral Hartbrod konnte oder wollte mir die Frage, was das KSK bei Kampfeinsätzen mit Gefangenen macht, nicht schlüssig beantworten.

Bevor es noch schlimmer kommt, muss etwas passieren. Meine Vorschläge: Keine Umsetzung des vorgelegten Weißbuches, Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und Auflösung des KSK.

Quelle: <http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1446>

Jürgen Wagner:

Die NATO in Afghanistan:

Vom Nation Building zur globalen Aufstandsbekämpfung

IMI-Studie 2006/07 - in: AUSDRUCK (Oktober 2006)

Als die NATO im August 2003 das Kommando über die *International Security Assistance Force* (ISAF) in Afghanistan übernahm, hätte sich zum damaligen Zeitpunkt wohl kaum jemand träumen lassen, dass die Allianz dort in einen umfassenden Guerillakrieg verwickelt werden würde, der immer alptraumhaftere Züge annimmt. Insbesondere seit die ISAF im Juli 2006 ihr Einsatzgebiet auch auf die südlichen Provinzen ausdehnte, finden die gewaltsamen Auseinandersetzungen kein Ende.

Der Einsatz, der formal als „Stabilitätsexport“ zur „Friedenssicherung“ begann und bei dem Gewalt nur zur Selbstverteidigung angewendet werden durfte, wird mehr und mehr zur offensiven militärischen Aufstandsbekämpfung. Selten wird allerdings erwähnt, dass die ISAF-Mission maßgeblich zur Eskalation beiträgt, indem sie eine quasi-koloniale Besatzungs- und Ausbeutungsstruktur etabliert hat und diese militärisch absichert. Das völlige Versagen - wohl zurecht innerhalb der afghanischen Bevölkerung als Unwillen interpretiert - die katastrophale humanitäre Situation zu verbessern, sondern stattdessen den Interessen westlicher Konzerne und dem militärischen „Kampf gegen den Terror“ Priorität einzuräumen, hat zur Folge, dass die Truppe inzwischen völlig diskreditiert ist. Für eine wachsende Zahl der Afghanen sind die ISAF-Soldaten nichts anderes als koloniale Besatzer, weshalb die Bereitschaft wächst, diese militärisch zu bekämpfen. Trotz dieser Situation, die eigentlich nahe legen würde, das bisherige Engagement in Afghanistan grundlegend zu überdenken, passiert derzeit genau das Gegenteil. Die NATO versucht die Kontrolle über immer größere Teile des Landes zu übernehmen und verstrickt sich so zunehmend in kriegerische Auseinandersetzungen.

Konsequenterweise verlängerte der Bundestag am 28. September das Mandat für die Teilnahme deutscher Soldaten am ISAF-Kampfeinsatz um ein weiteres Jahr, das es erlaubt, bis zu 3.000 Soldaten einzusetzen. Augenblicklich befinden sich bereits über 2.800 deutsche Soldaten im Land (Stand 20. September). Derzeit weigert sich die Bundesregierung (noch) umfangreich Truppen in den Süden zu entsenden, wo mit Abstand die schwersten Kämpfe stattfinden. Allerdings deuten die recht deutlich artikulierten Forderungen einiger anderer ISAF-Truppensteller an die Adresse der Bundesregierung darauf hin, sich gefälligst ebenfalls in den militärisch heikelsten Gebieten zu engagieren, dass ein Quantensprung bei der „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ bevorstehen könnte. Umso mehr, da das Bundestagsmandat eine solche Ausweitung explizit ermöglicht, sogar ohne weitere Zustimmung des Parlaments.

Der Afghanistan-Einsatz wird von nahezu allen Teilen der westlichen Eilten als prototypisch für künftige Kriege der Allianz angesehen, ein Scheitern ist aus diesem Grund undenkbar. „Es geht um die Zukunft der Nato. Wenn das Bündnis in Afghanistan scheitert, hat es sein Ansehen verspielt“, schreibt das Handelsblatt.¹ „Die NATO-Truppen sind in eine blutige Schlacht mit den Taliban verstrickt, sie kämpfen nicht nur um die Kontrolle des afghanischen Südens, sondern um die zukünftige Existenz des Bündnisses“, so die

britische Times.² Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark brachte es schließlich auf den Punkt: „Nicht nur Afghanistan, sondern die NATO selbst steht auf dem Spiel.“³ Vor diesem Hintergrund ist inzwischen eine Diskussion um die künftige Ausrichtung der NATO entbrannt. Da es nicht in Frage kommt, die Hauptursachen für Kriege und Konflikte - die rigorose Durchsetzung strategischer und ökonomischer Interessen des Westens - anzugehen, bleibt wenig anderes übrig, als sich auf die langfristige militärische Kontrolle zahlreicher „Problemstaaten“ einzustellen. Aus diesem Grund werden Forderungen immer lauter, die NATO müsse in Richtung einer globalen Besatzungstruppe umstrukturiert werden, da insbesondere das Beispiel Afghanistan zeige, dass diesbezüglich erhebliche Defizite bestünden. Einiges deutet darauf hin, dass dieses Thema bereits auf dem nächsten NATO-Gipfel, der im November in Riga stattfinden wird, prominent diskutiert werden wird.

Phasen der ISAF-Expansion

In Afghanistan operieren derzeit zwei unterschiedliche Kriegseinsätze neben- und zunehmend auch miteinander: einmal die US-geführte *Operation Enduring Freedom* im Rahmen des „Kriegs gegen den Terror“, auf der anderen Seite die ISAF-Mission der NATO, die im Gegensatz zur OEF lange offiziell keine offensiven Kampfeinsätze führen durfte und sich gern als reine „Friedensmission“ zur Entwicklungshilfe bezeichnet. Zwar sind OEF und ISAF formal strikt voneinander getrennt, schon aus den jeweiligen Missionsbeschreibungen wird jedoch deutlich, dass dies praktisch unmöglich ist: Laut Bundesregierung hat der „ISAF-Einsatz in Afghanistan unverändert das Ziel, das Land bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit so zu unterstützen, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal, insbesondere solches, das dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgeht, in einem sicheren Umfeld arbeiten können. Hauptauftrag der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan ist dagegen die Bekämpfung verbliebener militärischer oppositioneller Kräfte und noch existierender terroristischer Gruppierungen der Taliban-, Al-Qaida- und Hekmatyar-Anhänger. ISAF und OEF sind getrennte Operationen.“⁴ Allerdings ist die „Bekämpfung verbliebener militärischer oppositioneller Kräfte“ (OEF) von der „Aufrechterhaltung der Sicherheit“ (ISAF) spätestens seit der Erweiterung des ISAF-Mandatsgebietes auf ganz Afghanistan nicht mehr zu unterscheiden.⁵

Nachdem der ISAF-Aktionsradius zunächst auf die afghanische

2 Beeston, Richard: Nato is fighting for its future, The Times Online, 14.09.2006.

3 Clark, Wesley: What We Must Do Now, Newsweek, 02.10.2006.

4 Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung, Drucksache 16/2380, 09.08.2006, S. 11.

5 Vgl. Gallis, Paul: NATO in Afghanistan: A Test of the Transatlantic Alliance, Congressional Research Service, August 22, 2006, S. 7f.

1 Bonse, Eric: In der Kampfzone, Handelsblatt, 13.09.2006.

Hauptstadt Kabul beschränkt war, ermöglichte die im Oktober 2003 verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1510 (Ziffer 1) „die Ausweitung des Mandats der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe, [zur] Aufrechterhaltung der Sicherheit in Gebieten Afghanistans außerhalb Kabuls.“ Darauf hin wurde der NATO-Aktionsradius in drei Schritten vergrößert. In Phase I, die Ende 2004 abgeschlossen war, wurde das Einflussgebiet auf die nördlichen Provinzen und die dort operierenden „Regionalen Wiederaufbauteams“ (PRTs) ausgedehnt. Im folgenden Jahr übernahm die NATO in Phase II die Kontrolle über die Provinzen im Westen des Landes. Doch damit nicht genug: „Im Dezember 2005 beschlossen die NATO-Außenminister den Einsatz in Afghanistan, auf eine neue Stufe anzuheben.“ In zwei Schritten soll das ISAF-Einsatzgebiet auf den Süden (ab Juli 2006) und den Osten des Landes (ab Herbst 2006) ausgedehnt werden – beides Regionen, in denen zuvor vor allem Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika als Teil der Operation Enduring Freedom (OEF) agierten.⁶

Mit der „Südausdehnung“ der ISAF wurde tatsächlich seit Juli 2006 begonnen, was unmittelbar zu schweren Auseinandersetzungen führte. Seither ist die Truppe praktisch permanent in schwerste Kampfeinsätze verwickelt, so etwa während der Operation „Medusa“ Anfang September, bei der nach NATO-Angaben mehr als 500 Afghanen und über zwanzig ISAF-Soldaten ums Leben kamen.⁷ Am 28. September beschloss der NATO-Rat zudem endgültig die Ausweitung auf 14 weitere Provinzen im Osten, womit etwa 13.000 bislang der OEF unterstellte Truppen unter NATO-Kommando gelangen.⁸

OEF und ISAF: Zwei Truppen, derselbe Krieg

Spätestens nachdem die NATO auch im Süden operiert, sind OEF und ISAF endgültig nicht mehr voneinander zu unterscheiden, worauf seit Längerem hingewiesen wurde. So schrieb Christian Schmidt, parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bereits vor einiger Zeit: „Wer weiter auf einer strikten Trennung beharrt, übersieht, dass bei einer Ausdehnung von ISAF auf ganz Afghanistan sich schon zwangsläufig ISAF und OEF als parallele Einsätze eng abstimmen müssen.“⁹ Im Juli 2006 bestätigte der kürzlich verabschiedete Zivile Repräsentant der NATO in Afghanistan, Hikmet Çetin, zwischen OEF und ISAF komme es mit Phase III der NATO-Expansion zwangsläufig zu einer „schrittweisen Verschmelzung einiger Funktionen.“¹⁰ Wie künstlich die Trennung zwischen OEF und ISAF ist, zeigt wiederum die Stellungnahme der Bundesregierung: „Eine Teilnahme an den Einsätzen der OEF zur Bekämpfung von Terroristen ist unter dem ISAF-Mandat nicht zulässig. Das Recht zur Nothilfe und zur kollektiven Selbstverteidigung ist hiervon nicht berührt.“¹¹ Da die NATO sich mitten in ein Kriegsgebiet ausdehnt, wird „Terrorbekämpfung“ und „Selbstverteidigung“ zu ein und demselben Vorgang.

Zwar betont die Bundesregierung weiterhin, „die operative und die Mandattrennung zwischen ISAF und OEF bestehen unverändert fort“, angesichts der Realitäten vor Ort, dürfte diese Aussage aber wohl eher ein Lippenbekenntnis darstellen, um den Anschein einer „Friedens- und Stabilisierungsmission“ mühsam aufrecht

erhalten zu können.¹² Bereits heute arbeiten ISAF und OEF eng zusammen, sowohl auf Kommandoebene, über den mit „Doppelhut“ fungierenden US-Militär Benjamin C. Freakley, der sowohl für ISAF-Operationen, als auch für die der OEF in den östlichen Provinzen zuständig ist, als auch konkret bspws. mittels OEF-Luftunterstützung.¹³ Summa summarum: „Die jüngsten Aktivitäten der NATO-ISAF im südlichen Afghanistan deuten darauf hin, dass *de facto* eine Fusion der NATO-geführten ISAF-Truppen mit Operation Enduring Freedom stattgefunden hat.“¹⁴ Diese ganze Veränderung des Einsatzprofils ist die militärische Reaktion auf die Tatsache, dass das Land offensichtlich der westlichen Kontrolle zu entgleiten droht.

ISAF-NATO: Vom „Stabilitätsexport“ zur Aufstandsbekämpfung

Man ist ja vom derzeitigen Präsidenten der Vereinigten Staaten einiges gewohnt. Aber es hatte doch etwas gespenstisches, als sich George W. Bush bei seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung Ende September hinstellte und allen Ernstes die Weltgemeinschaft zur „Verteidigung der Zivilisation“ aufrief. Dies sei der „Auftrag unserer Generation“, da sich die Welt in einem „großen ideologischen Kampf“ befinde. Als Lichtblicke für die „strahlende Zukunft“, die Fuß zu fassen beginne, nannte er ausgerechnet Afghanistan und den Irak.¹⁵

So ganz ist aber nicht einmal Bushs Außenministerin Condoleezza Rice von dieser „strahlenden Zukunft“ überzeugt. Sie warnte unlängst vor einem Scheitern in Afghanistan und gab an, die Lage sei wegen der zunehmenden Gewalt „sehr schwierig.“¹⁶ Und in der Tat, „schwierig“ ist eine geradezu milde Formulierung. Deutlicher wurde ex-NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark: „Wir sind nicht dabei, zu gewinnen.“¹⁷ Auch der britische Verteidigungsminister Dan Browne musste einräumen, der massive Widerstand im Süden habe ihn überrascht und binde „mehr unserer Anstrengungen, als wir erwartet hatten.“¹⁸

Das Auswärtige Amt malt ebenfalls ein düsteres Bild: „Die Sicherheitslage insbesondere im Süden und Südosten Afghanistans hat sich seit Ende 2005 verschärft und muss als kritisch betrachtet werden.“¹⁹ Zudem betont die Bundesregierung, dass es sich hierbei keineswegs um kurzfristige „Turbulenzen“ handelt, sondern um ein lang anhaltendes Kriegsszenario: „Im Süden und Osten Afghanistans sieht die Bundesregierung keine Anzeichen einer kurzfristigen Lageverbesserung.“²⁰ Tatsächlich scheint die Situation in Afghanistan derzeit völlig zu eskalieren, wie der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, offen einräumt: „Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. [Offenbar] ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“²¹

12 Ebd., S. 7.

13 Vgl. Senlis Council aaO., S. 32ff.; Gallis aaO., S. 9f.

14 Senlis Council aaO., S. 38.

15 President Bush Addresses United Nations General Assembly United Nations, New York 19.09.2006.

16 Rice warnt vor Scheitern der Afghanistan-Mission, Spiegel.de, 13.09.2006.

17 Clark aaO.

18 „Es geht um die Glaubwürdigkeit der Nato“, Tagesspiegel.de, 19.09.2006.

19 Auswärtiges Amt: Bundesregierung legt überarbeitetes Afghanistankonzept vor, Pressemitteilung, 14.09.2006.

20 Antwort der Bundesregierung aaO., S. 3.

21 Afghanistan – Angst vor zweitem Irak, Tagesspiegel.de,

6 Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage, Drucksache 16/1960, 23.06.2006, S. 1.

7 Nato-Soldaten sterben bei Anschlag, Stern.de, 18.09.2006.

8 NATO agrees to ISAF expansion across Afghanistan, NATO Update, 29.09.2006.

9 Pflüger, Tobias: Kennen Sie Usbekistan?, in: AUSDRUCK (Februar 2005), S. 18.

10 Senlis Council: Afghanistan Five Years Later: The Return of the Taliban, Spring/Summer 2006, S. 38.

11 Antwort der Bundesregierung aaO., S. 11.

Allein von Januar bis Mitte September sind 158 OEF- und ISAF-Soldaten und mehr als 1.500 Afghanen bei Auseinandersetzungen ums Leben gekommen, ein deutlicher Anstieg zum Vorjahr. Insgesamt ist die Zahl der Anschläge und bewaffneten Auseinandersetzungen von monatlich 5 im Jahr 2002 über 25 (Mitte 2005) auf mehr als 100 im Juli 2006 dramatisch angestiegen. Dabei zeigt sich, dass die NATO mit immer größeren Gruppen zusammenstößt, deren Bewaffnung und Organisationsgrad sich ständig verbessert.²²

Angesichts dieser Eskalation hat die ISAF nun ihre Einsatzregeln (rules of engagement), die die Kriterien für die Anwendung bewaffneter Gewalt vorgeben, geändert. Zwar sind diese offiziell nicht bekannt, allerdings scheint es so zu sein - zumindest folgt man den Klagen der Krieg führenden - dass offensiven Aktionen lange enge Grenzen gesetzt waren. Obwohl die Kampfpraxis ohnehin schon länger anders aussieht, scheint dem nun wohl auch offiziell Rechnung getragen worden zu sein, wie eine NATO-Presskonferenz Anfang Februar belegt: „Dass Mandat der ISAF ist es, ein sicheres Umfeld zu garantieren. [...] Das ist der Grund, weshalb unsere Kommandeure diese neuen robusten Einsatzregeln erhalten, um damit präemptive Operationen gegen mögliche Gefahren für unsere Truppen oder die afghanische Bevölkerung durchzuführen. Um es zusammenzufassen: Robustere Einsatzregeln.“²³ Solch ein Einsatzprofil hat jedoch mit einer „Wiederaufbaumission“ nichts mehr zu tun.

Auch in der Bundeswehr beklagte man sich lautstark. Angesichts der heftigen Auseinandersetzungen und der formalen Vorgabe sich defensiv zu verhalten, sagte der ISAF-Sprecher für die Nordregion, Oberstleutnant Markus Werther: „Es wäre angemessen, den Auftrag zu transformieren und zu reformieren.“ Gleichzeitig machte er deutlich, dass „Stabilitätsexport“ im NATO-Stil nicht ohne Krieg zu haben ist: „Der Gedanke, wir machen in Afghanistan nur Wiederaufbau und sonst nichts, kann nicht funktionieren, da werden wir an die Wand gedrückt.“ Folglich gehe es darum, so Werthers Schlussfolgerung, die Einsatzregeln hin zur offensiven Kriegsführung zu modifizieren.²⁴ Da sogar im vergleichsweise ruhigen Norden, wo sich die Bundeswehr-Einheiten aufhalten, die Lage immer gefährlicher wird, zog das Verteidigungsministerium die Notbremse: Zur „Erhöhung des Schutzes, der Durchhaltefähigkeit sowie der Effektivität“ des deutschen ISAF-Kontingentes erlies der „Führungsstab Streitkräfte“ am 15. September eine Weisung, die u.a. die Bereitstellung einer „gepanzten Reserve“ (Schützenpanzer MARDER 1A5) zum besseren Schutz der Soldaten vor Anschlägen anordnet. Insbesondere werden dort neue Einsatzregeln zur „Erhöhung der Handlungsfreiheit der Führer vor Ort“ ausgegeben, um aktiv gegen „gewaltbereite Kräfte“ vorgehen zu können. In Ziffer 7 des Erlasses wird unter dem Titel „Rechtliche Rahmenbedingungen“ daran erinnert, dass der Einsatz militärischer Gewalt bereits dann abgedeckt sei, „wenn ein Angriff unmittelbar bevorsteht.“²⁵

Von der angeblichen „Friedens- und Stabilisierungsmission“, dem „Wiederaufbau“ usw. ist nicht mehr viel übrig geblieben. Der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Tom Koenigs, gibt an, die NATO sei in einen regelrechten „Aufstand“ verwickelt. Diesen niederzuschlagen scheint inzwischen die zentrale Aufgabe der ISAF zu sein, von einer „Friedensmission“ ist keine Rede mehr, wie NATO-31.05.2006.

22 Landay, Jonathan S.: Afghanistan, 5 years later: U.S. confront Taliban's return, McClatchy Newspapers, 25.09.2006; Borchgrave, Arnaud De: Is The Middle Ages On The Comeback, UPI, 30.06.2006; Senlis Council aaO., S. 59.

23 Joint ISAF/CFC-A News Conference, 20.02.2006.

24 Petersen, Britta u.a.: Bundeswehr will präventiv zuschlagen, Financial Times Deutschland, 12.07.2006.

25 ISAF (D): Augenblick, Geopowers.com, 22.09.2006.

Kommandeur James Jones verdeutlicht: „Die NATO wird auch weiterhin jede nötige Gewalt einsetzen, um die Aufständischen zu schlagen.“²⁶

Dass die NATO inzwischen in einen regelrechten Krieg verwickelt ist, hängt mit der irrigen Annahme zusammen, man übernehme „Stabilisierungsaufgaben“, nachdem zuvor die jeweilige Region von der OEF militärisch „befriedet“ wurde: „Die Ausweitung der NATO-ISAF auf Gebiete außerhalb Kabuls basierte ursprünglich auf der Voraussetzung, dass die US-geführte Operation Enduring Freedom den Weg für eine NATO-ISAF Stabilisierungs- und Peacekeeping-Mission zum Wiederaufbau und für ökonomische Entwicklung geebnet hat.“²⁷

Da die OEF hierzu aber keineswegs in der Lage war, ging mit der Ausweitung der ISAF-Mission auch eine dramatische Verschiebung des Aufgabenspektrums einher: „NATO-ISAF wurde ursprünglich als eine Friedenssichernde Mission zur Stabilisierung eines begrenzten Gebietes um Kabul eingerichtet. Nach nunmehr fünf Jahren operiert die NATO-kontrollierte ISAF in allen afghanischen Provinzen außer denen, die sich im östlichen Teil des Landes befinden. Seit der Übernahme der Kontrolle über die südlichen Provinzen im Juli 2006 ist die NATO aktiv in Kämpfen mit Aufständischen verwickelt.“²⁸

Angesichts der zunehmend erodierenden Situation im Lande macht sich deshalb bei den US-amerikanischen Verbündeten aufgrund der - sonst selten gesehenen - Bereitschaft Washingtons, der NATO das Feld zu überlassen, der Verdacht breit, die US-Regierung wolle sich, nachdem es den Schlamassel angerichtet habe, sukzessive zurückziehen. So beklagt sich das *Handelsblatt*: „In Afghanistan hat nach dem 11. September 2001 der amerikanische ‚Krieg gegen den Terror‘ begonnen. Es darf nicht sein, dass sich die Amerikaner nun immer mehr zurückziehen und ihren Verbündeten die Schmutzarbeit überlassen.“²⁹ Ähnlichen Vorwürfen sieht sich jedoch auch die Bundesregierung ausgesetzt.

Deutschland: Kampfeinsätze im Süden?

Gerne wird von deutscher Seite die „Vorreiterrolle“ beim zivilen Wiederaufbau und die Führungsfunktion im Norden hervorgehoben: „Durch die Übernahme des Regionalkommandos Nord in Mazar-e Sharif und damit der internationalen militärischen Verantwortung für die gesamte Nordregion leisten die deutschen Streitkräfte einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zum ISAF-Auftrag für ganz Afghanistan.“³⁰

Allerdings sehen dies die Verbündeten völlig anders: „Der Norden, wo die Bundeswehr stationiert ist, ist verhältnismäßig ruhig. Im Süden dagegen tobt der Kampf gegen die Taliban. Seit Wochen versucht die Nato mit massiven Kampfeinsätzen die Situation dort unter Kontrolle zu bekommen. Hunderte Taliban-Kämpfer wurden getötet, unter den Todesopfern sind aber zunehmend auch Nato-Soldaten, vor allem britische und kanadische.“³¹ Noch deutlicher wird das *Handelsblatt*: „Noch wagt es niemand, das offen auszusprechen. [...] Im Süden des Landes ist der Krieg gegen die Taliban voll entbrannt. Da ist es nur eine Frage der Zeit, wann Scheffer und Jones ihre diplomatische Zurückhaltung aufgeben und noch mehr Einsatz fordern – auch und gerade von Deutschland. Denn bei Nato-Partnern wie Großbritannien oder

26 Bundeswehr auch in den Süden Afghanistans, FAZ.net, 04.09.2006.

27 Senlis Council aaO., S. 27.

28 Ebd., S. 24.

29 Bonse aaO.

30 Deutscher Bundestag, Antrag der Bundesregierung, Drucksache 16/2573, 13.09.2006, S. 3.

31 Nato-Kritik an deutscher Zurückhaltung wächst, tagesschau.de, 21.09.2006.

den Niederlanden wächst der Unmut darüber, dass die Deutschen sich weigern, in gefährlichere Gebiete vorzurücken. [...] Am Nato-Sitz Brüssel macht bereits das böse Wort von der Schönwetter-Armee die Runde.“³² Auch Victoria Nuland, US-Botschafterin bei der NATO, fordert dazu auf, sich im Süden zu engagieren: „Wir bitten alle Nationen, ihre Soldaten dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden und die Einsatzbeschränkungen aufzuheben, die dafür sorgen, dass sie nicht im Süden eingesetzt werden können.“

Ebenso kritisierte NATO-Oberbefehlshaber James Jones, es gebe „ein ernsthaftes Problem mit den Einsatzbeschränkungen in Afghanistan.“³³ Der Unmut ist inzwischen so groß, dass zunehmend Klartext geredet wird: „Ich kann es nicht mehr hören, dass die Bundeswehr in Afghanistan ist“, zitiert die *Welt* einen britischen Offizier. „Entscheidend ist doch wohl, dass die Deutschen nicht dort sind, wo sie gebraucht werden.“³⁴ Am direktesten äußerte sich UN-Botschafter Koenigs: „Deutschland muss unter Umständen in Kauf nehmen, auch in den Süden Afghanistans zu gehen.“³⁵

Zwar will die Bundesregierung offiziell (noch) nichts von einem umfangreichen Einsatz im Süden wissen, doch der Druck steigt derzeit massiv an. Die Möglichkeit, dass sich deutsche Truppen in großer Zahl - das Kommando Spezialkräfte operiert nach Medienberichten bereits seit längerem wieder in den am heftigsten umkämpften Regionen -³⁶ inmitten schwerster Kampfhandlungen wiederfinden werden, ist also gegeben. Dies ist umso wahrscheinlicher, da der Bundestagsbeschluss zur Verlängerung des deutschen ISAF-Beitrags keineswegs auf die Nordregion beschränkt ist: „Darüber hinaus sind das deutsche ISAF-Kontingent, deutsche Soldaten in NATO-Stäben wie auch deutsche Anteile an NATO-Verbänden (z.B. NATO-Fernmeldebataillone) in der Lage, bei Bedarf neben dem operativen Schwerpunkt ISAF-Nordregion die ISAF-Operation zeitlich und im Umfang begrenzt in anderen Regionen zu unterstützen, sofern dies zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabwendbar ist.“³⁷ Zwar ist von einem „begrenzten Umfang“ die Rede, die Formulierung ist aber derart schwammig, dass das Mandat durchaus umfassende Kampfeinsätze ermöglichen würde: „Damit hat das ISAF-Kommando weitgehend freie Hand. Das deutsche Mandat schreibt keine erneute Anhörung des Parlaments vor, sollten solche Unterstützungsmaßnahmen nötig werden. ISAF-Kommandeur David Richards hat bereits erklärt, er habe die Freiheit, die 18.000 ISAF-Soldaten dort einzusetzen, wo es militärisch Sinn macht. Dazu hätten sich die Truppensteller bereit erklärt.“³⁸

Die traurige Praxis des „Stabilitätsexports“

Eine Studie mit dem viel sagenden Titel „Afghanisan Inc.“ der Afghanin Fariba Nawa, beschreibt den neoliberal ausgerichteten „Wiederaufbau“ ihres Landes: „Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine Hand voll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig ist, als kontraproduktiv erweisen.“³⁹ Was vollmundig als „Stabilitätsexport“ angepriesen wird,

erweist sich in der Praxis vielmehr als rigoroses Durchsetzen eigener Interessen durch die westlichen Besatzungsmächte: „Es liegt der Verdacht nahe, dass es hier nicht um state-building im Interesse der afghanischen Bevölkerung geht, sondern eher um institution-building zur Absicherung der Interessen ausländischer Investoren.“⁴⁰

Während westliche Konzerne in die eigenen Taschen wirtschaften und die ISAF-Truppen im Land Krieg führen, stirbt die Bevölkerung gleichzeitig an Krankheit und Unterernährung. Über 70% der Afghanen sind chronisch unterernährt, besonders im Süden des Landes. Ein Viertel hat keinen Zugang zu Trinkwasser, nur 10 Prozent verfügen über elektrischen Strom.⁴¹ Während für militärische Ausgaben im Zeitraum von 2002 bis 2006 gigantische 82.5 Mrd. Dollar bezahlt wurden, belief sich die Entwicklungshilfe im selben Zeitraum auf jämmerliche 7.3 Mrd., ein Betrag, der bei weitem nicht ausreicht, um die erdrückende Not auch nur ansatzweise zu lindern. Umso schlimmer, dass selbst diese niedrige Zahl sogar noch deutlich zu hoch angesetzt ist, denn „ein großer Teil der Entwicklungshilfe wird tatsächlich für Sicherheitsbelange wie den Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeitruppen ausgegeben, anstatt für dringende Ernährungs- und Gesundheitsprogramme zugunsten der lokalen Bevölkerung.“⁴² Insgesamt beläuft sich die derart zweckentfremdete Entwicklungshilfe auf mindestens 2.2 Mrd. Dollar, während die internationale Gemeinschaft lediglich 433 Mio. Dollar für Gesundheits- und Ernährungsprogramme ausgibt - allein die militärischen Kosten für die einjährige Verlängerung des deutschen ISAF-Einsatzes belaufen sich auf 460 Mio. Euro.⁴³ Zudem häufen sich Berichte, dass damit gedroht wird, humanitäre Hilfe zu entziehen, falls die jeweilige Bevölkerung vor Ort nicht adäquat mit den Besatzungstruppen kooperiert.⁴⁴ „Dieser Fokus auf sicherheitsbezogene Ausgaben zeigt, dass direkt seit 2001 die Prioritäten der US-geführten internationalen Gemeinschaft nicht mit denen der afghanischen Bevölkerung übereinstimmen.“⁴⁵

Hier liegt der eigentliche Grund für den wachsenden Widerstand im Land: „Weil der Armutsbekämpfung keine Priorität eingeräumt wurde, kollabiert der Demokratisierungsversuch während die Afghanen verhungern.“⁴⁶ Auf der Basis umfassender Feldforschung kommt der *Senlis Council*, ein Think Tank, der sich auf Afghanistan spezialisiert hat, zu dem Ergebnis, der wachsende Widerstand und die völlige Diskreditierung der westlichen Besatzungsmächte, hänge elementar damit zusammen, dass sich die humanitäre Situation seit 2001 massiv verschlechtert habe. Exemplarisch für viele in der Senlis-Studie zitierten Afghanen ist die Aussage eines Polizeikommandeurs aus Kandahar: „Die Ausländer kamen hierher und sagten, sie würden den armen Menschen helfen und die wirtschaftliche Situation verbessern, aber sie geben nur Geld für ihre Militäroperationen aus. Die armen Menschen sind ärmer als sie es während der Taliban-Herrschaft waren. Wir trauen ihnen nicht mehr. Wir wären Dummköpfe, wenn wir es täten.“⁴⁷ Dies schürt den Hass gegen den Westen und verschafft sämtlichen Widerstandsgruppen, von denen die Taliban derzeit die stärksten sind, regen Zulauf. „In Zeiten der Armut erinnern sich viele Afghanen daran, dass es ihnen materiell besser ging, als die Taliban die Kontrolle hatten. Bitterarme Familien in Dörfern, die keinerlei Hilfe erhalten haben, sagen, sie wären über eine Rückkehr der Taliban froh, wenn sie

32 Bonse aaO.

33 Nato-Kritik an deutscher Zurückhaltung wächst, tagesschau.de, 21.09.2006.

34 Afghanistan: Unmut über die Bundeswehr wächst, Welt.de, 14.09.2006.

35 Bundeswehr auch in den Süden Afghanistans, FAZ.net, 04.09.2006.

36 KSK wieder in Afghanistan, ntv, 13.09.2006.

37 Antrag der Bundesregierung aaO., S. 3.

38 Bundeswehr in Afghanistan Einsatz im ganzen Land möglich, ntv, 29.08.2006.

39 Fariba Nawa, *Afghanisan Inc.*, Oakland 2006, S. 28.

40 Haydt, Claudia: Effektiver Kolonialismus, in: AUSDRUCK (Februar 2006), S. 15.

41 Senlis Council aaO., S. 81.

42 Ebd., S. 203.

43 Ebd., S. 209.

44 Haydt aaO., S. 17.

45 Senlis Council, S. 191.

46 Ebd., S. 192.

47 Ebd., S. 21.

dafür ihre Familien ernähren könnten.“⁴⁸ Selbst der Oberbefehlshaber der US-Truppen in Afghanistan, Karl Eikenberry, räumt ein: „Wir brauchen mehr Investitionen in die afghanische Infrastruktur. Wo die Straßen aufhören, beginnen die Taliban.“⁴⁹

Afghanistan: Krieg für den Terror

Staatszerfall - so das vorherrschende Credo - könne nicht hingenommen werden, da dort Rückzugs- und Rekrutierungsgebiete für Terroristen entstünden. Man sei deshalb schon aus Gründen der Selbstverteidigung gezwungen, Länder so lange zu stabilisieren - sprich zu besetzen -, bis sie halbwegs wieder funktionieren.

Zwar sind ohnehin erhebliche Zweifel angebracht, ob militärischer „Stabilitätsexport“ überhaupt praktikabel ist, völlig aussichtslos sind derlei Versuche aber, wenn damit eine offensichtliche Ausbeutungspolitik einhergeht, wie eine Studie des *Carnegie Endowment for International Peace* belegt: „Eine breit gestützte Akzeptanz des Nation Building von Ausländern ist nicht mehr aufrecht zu erhalten, wenn die lokale Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass die Besatzungsmacht nur die eigenen Interessen fördert.“⁵⁰ Da dies in Afghanistan eindeutig der Fall ist, wird mehr und mehr Menschen bewusst, dass sie es mit Okkupanten, nicht mit Wohltätern zu tun haben, weshalb sie die Besatzer lieber heute als morgen aus ihrem Land jagen wollen. Dabei steigt auch der Anteil derjenigen, die bereit sind, sich gewaltsam gegen den - sicher nicht völlig zu unrecht - zunehmend als ausbeuterisch wahrgenommenen Westen zur Wehr zu setzen. Inzwischen befürworten über 50 Prozent der afghanischen Bevölkerung politisch motivierte Selbstmordattentate gegen die Besatzer.⁵¹

„Stabilitätsexport“ durch westliche Besatzungstruppen ist zur Terrorbekämpfung gänzlich ungeeignet. Robert Pape, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, fand in einer breit angelegten Studie heraus, dass praktisch sämtliche Selbstmordattentäter „kein religiöses, sondern ein eindeutig strategisches Ziel verfolgten: Die Demokratien dazu zu zwingen, ihre Truppen aus dem Land, das die Terroristen als ihre Heimat betrachten, abzuziehen.“ Seine Schlussfolgerung ist eindeutig: „Am wichtigsten ist, dass die enge Verbindung zwischen ausländischer Besatzung und dem Anstieg von Selbstmordattentaten denjenigen zu denken geben sollte, die Lösungen favorisieren, die die Eroberung von Ländern einschließen, um deren politische Systeme zu transformieren. Die Eroberung von Ländern mag terroristische Operationen kurzfristig behindern, aber es ist wichtig zu erkennen, dass die Besetzung von mehr Ländern sehr wohl zu einem Anstieg der Zahl der Terroristen führen könnte, die sich gegen uns richten.“⁵²

So ist nicht nur die Besetzung des Irak Wasser auf die Mühlen des Terrorismus, wie von den US-Geheimdiensten inzwischen offiziell eingestanden wird,⁵³ sondern auch der westliche „Stabilitätsexport“ in Afghanistan. Da keine Bereitschaft besteht grundlegend umzusteuern indem die Bekämpfung der Armut - dem Hauptgrund für das Scheitern von Staaten - ins Zentrum effektiver Sicherheitspolitik gerückt wird, bleibt nichts anderes übrig, als immer häufiger auf das Militär zurückzugreifen. Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer

48 Ebd., S. 11.

49 Moreau, Ron u.a.: The Rise of Jihadistan, Newsweek, 02.10.2006.

50 Pei, Minxin: Lessons from the Past: The American Record on Nation Building, Carnegie Endowment Policy Brief 24 (May 2003), S. 6.

51 Senlis Council aaO., S. vi.

52 Pape, Robert: The Logic of Suicide Terrorism, The American Conservative, 18.07.2005; Pape, Robert: The Strategic Logic of Suicide Terrorism, American Political Science Review Vol. 97, No. 3, S. 343-361.

53 Kilian, Martin: US-Geheimdienste widersprechen Bush, Tagesanzeiger, 25.09.2006.

fer nur folgerichtig, „dass Einsätze wie der in Afghanistan künftig nicht die Ausnahme sein könnten, sondern vielleicht die Regel.“⁵⁴ Da man hierfür buchstäblich gerüstet sein will, werden derzeit umfassende Umstrukturierungen der Allianz gefordert.

Die NATO als globale Besatzungstruppe

Da der Einsatz in Afghanistan als prototypisch für die künftig anvisierten Kriegseinsätze gilt, würde sein Scheitern aus Sicht der westlichen Strategen eine existenzielle Bedrohung des Bündnisses darstellen. Hierdurch wäre jegliche weitere „Stabilisierungsmaßnahme“ zur Aufrechterhaltung einer neoliberalen, ausbeuterischen Weltordnung von vorneherein diskreditiert: „In einer Welt, die im Wesentlichen von den Industriedemokratien am Laufen gehalten und dominiert wird, wird ein anhaltendes Versagen, solchen Konflikten zu begegnen, nicht nur ihre moralische Integrität schwächen, sondern ihre internationale Legitimität als globale Führer untergraben.“⁵⁵

Da eine Abkehr von der westlichen Interessenspolitik nicht zur Debatte steht, wird gefordert, die Kapazitäten für solche Einsätze zu verbessern. Es geht darum, Systemadministrationstruppen zur mühsamen Stabilisierung einer permanent Krisen und Kriege produzierenden Weltordnung aufzubauen, so der Konsens sowohl in Brüssel, als auch in Washington. Beispielhaft betont der einflussreiche Francis Fukuyama: „Auf jeden Fall wird die Kunst des Staatenbaus eine Schlüsselkomponente der nationalen Macht und genauso wichtig wie die Fähigkeit sein, traditionellere Militärgewalt zur Aufrechterhaltung der Weltordnung einzusetzen.“⁵⁶ Da diese Fähigkeit unter allen Umständen unter Beweis gestellt werden muss, gehe es deshalb in Afghanistan „um die Glaubwürdigkeit der Nato“, so der britische Verteidigungsminister Dan Browne. Tom Koenigs unterstützt ihn mit den Worten, es gelte zu verhindern, „dass die Nato sich hier in Afghanistan als Papiertiger entpuppt.“⁵⁷ Am klarsten fasst Ronald Naumann, US-Botschafter in Afghanistan, die Situation zusammen: „Die NATO ist die fundamentale Verpflichtung eingegangen, in Afghanistan zu gewinnen. Und entweder wird sie gewinnen, oder sie wird als Organisation scheitern.“⁵⁸ Afghanistan wird so zum Gradmesser, ob die NATO auch im 21. Jhd. in der Lage sein wird, als militärischer Arm der westlichen Interessenspolitik zu agieren: „Krisengebiet - im doppelten Wortsinne - ist Afghanistan. Am Hindukusch wird sich nicht nur das Schicksal des Landes entscheiden, sondern auch die Frage, ob die NATO ihren Wandel zur weltweit einsetzbaren Stabilisierungskraft und damit zum Dreh- und Angelpunkt in der globalen Sicherheitslandschaft meistern wird.“⁵⁹

Aus diesem Grund fordern Hans Binnendijk und Richard Kugler, zwei prominente Pentagon-Experten, die NATO müsse zu einer „Stabilisierungs- und Wiederaufbautruppe“ werden. Ähnlich äußerte sich der kurzzeitig von Bush mit dem „Wiederaufbau“ Afghanistans betraute James Dobbins im Hausblatt der Allianz, dem *NATO-Review*. Der vielsagende Titel: „Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen.“ Konsequenterweise fordert dann auch der im Februar 2006 erschienene *Quadrennial Defense Review*

54 Scheffer, Jaap de Hoop: Die Zukunft der Atlantischen Allianz, Rede am 07.10.2004.

55 O'Hanlon, Michael/Singer, Peter: The Humanitarian Transformation, in: Survival, Vol. 46, Issue 1, (Spring 2004), S. 77f.

56 Fukuyama, Francis: Staaten Bauen: Die neue Herausforderung der Internationalen Politik, Berlin 2006, S. 170.

57 „Es geht um die Glaubwürdigkeit der Nato“, Tagesspiegel.de, 19.09.2006; Petersen aaO.

58 „Nicht gleich zum Feigling werden“, Spiegel 39/2006.

59 Seegers, Sabine: Schlappes Bündnis, Schwäbisches Tagblatt, 29.09.06.

Report (QDR) des Pentagon den „Aufbau von NATO-Stabilisierungs- und Wiederaufbaukapazitäten.“⁶⁰ Am bislang weitesten geht der ebenfalls unlängst im *NATO-Review* erschienene Vorschlag von Christoph Bertram. Zunächst stellt er fest, dass „Stabilitätsexport“ zur Kernaufgabe der NATO geworden ist: „jede Zukunftsprognose deutet darauf hin, dass der Bedarf an dieser Art von Aktivität zunehmen wird.“ Aus Gründen der „politischen Korrektheit“ werde aber weiterhin der Verteidigungsauftrag betont: „Anstatt dass die NATO den ganz offensichtlichen Änderungen des strategischen Umfelds Rechnung trägt, ist sie durch das Erfordernis der politischen Korrektheit an die Maxime des Strategischen Konzepts von 1999 gebunden, wonach die Aufrechterhaltung eines angemessenen militärischen Dispositivs und die eindeutige Bereitschaft zu kollektivem Vorgehen im Interesse der gemeinsamen Verteidigung weiterhin für die Sicherheitsziele des Bündnisses von zentraler Bedeutung sind.“ Die zunehmende Ausrichtung der Allianz zur Kriegsführung müsse, so Bertram, nun auf eine neue Stufe gehoben werden: „Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO eine bemerkenswerte Bereitschaft zur Anpassung an neue Gegebenheiten unter Beweis gestellt. Als nächster Schritt ist nun erforderlich, dass sie Stabilisierungsaufgaben zu ihrem Hauptauftrag erklärt.“⁶¹

Bereitwillig griff der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung diese Vorschläge Ende September auf: „Wir brauchen in der Nato-Strategie eine Veränderung.“ Auf dem im November stattfindenden nächsten NATO-Gipfel müsse es nun darum gehen, Sicherheitspolitik mit Entwicklungshilfe und politischer Aufbauarbeit zu vernetzen.⁶² Letztlich zielt dieser Vorschlag darauf ab, eine in sich kohärente Besatzungspolitik zu konzipieren und alle zur Verfügung stehenden Instrumente auf die politischen Ziele und Interessen der NATO-Staaten zu fokussieren. Es sieht offensichtlich so aus, als steuere man innerhalb der NATO darauf zu, nicht eines, sondern viele Afghanistans zu schaffen.

http://www.imi-online.de/download/Okttober06_JW.pdf

60 QDR 2006, 06.02.2006, S. 83; Binnendijk, Hans/Kugler, Richard: Needed - A NATO Stabilization and Reconstruction Force, *Defense Horizons* No. 45 (September 2004); Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen, in: *NATO Review* (Sommer 2005).

61 Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: *NATO Review* (Frühjahr 2006).

62 Tiesenhausen, Friederike von: Jung ruft die Nato zu Strategiewechsel auf, *Financial Times Deutschland*, 19.09.2006.

Kevin Gurka:

Demokratiedefizit am Hindukusch? Kein Problem für den Exportweltmeister

Deutschlands Schlüsselrolle in Afghanistan

IMI-Studie 2006/04 - in: AUSDRUCK (Juni 2006)

Afghanistan: vom Stellvertreterkrieg in den Neokolonialismus

Die Geschichte Afghanistans des 20. und 21. Jh. ist traurig und blutig. Schuld daran sind nicht zuletzt die vielen ausländischen Akteure, die das Land immer wieder zum Schachbrett ihrer Machtpolitik gemacht hatten. Die Opfer waren, neben den Soldaten fremder Armeen, denen sich die Afghanen meist erfolgreich zur Wehr setzten, auch viele afghanische Kämpfer. Die größten Opfer dieser Auseinandersetzungen brachte aber die afghanische Bevölkerung selbst, die somit stets zum Hauptleidtragenden dieser Konflikte wurde.

Nachdem die in British India stationierten Engländer in den zwei britisch-afghanischen Kriegen das Land nicht unter ihre Herrschaft zu bringen vermochten, beschlossen sie es zu infiltrieren. Gegen eine Erhöhung der jährlichen Zahlung an den afghanischen Herrscher Amir Abdul Rahman, von 120.000 auf 160.000 Britische Pfund, trat Afghanistan am 12. Januar 1893 durch die Unterzeichnung des Durand-Vertrags 190.000qKm seines Staatsgebiets ab. Die 2450 Km lange Demarkationslinie wurde bewusst durch paschtunisches Siedlungsgebiet gezogen, um so eine Pufferzone entstehen zu lassen und Afghanistan den Weg zum Indischen Ozean zu versperren.

Die Streitigkeiten auf dem europäischen Kontinent, zu Anfang des 20. Jahrhunderts, blieben auch für Afghanistan nicht folgenlos. So versuchte Deutschland, dort an Einfluss zu gewinnen und die afghanische Bevölkerung in seinen späteren Krieg mit England einzubeziehen. Die Einflussnahme Deutschlands verebbte nicht mit Ende des Ersten Weltkriegs, sondern wurde sowohl in der Weimarer Republik, als auch natürlich im Dritten Reich aufrecht erhalten, um deutschen Interessen in dieser Region gerecht zu werden. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs führte die BRD als Nachfolgestaat der deutschen Reiche die Interessenpolitik in Afghanistan fort, zog aber noch vor Beginn der russischen Invasion im Jahr 1979 seine Entwicklungshelfer und Polizisten ab. Mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen kam Afghanistan auch eine Rolle im Kalten Krieg zu. Es sollte zum russischen Vietnam werden und mit saudischem und amerikanischem Geld und Waffen wurden die Mudjahedin über Pakistan und dessen Geheimdienst ISI unterstützt. Der Iran spielte bei der Unterstützung der Mudjahedin ebenfalls eine sehr gewichtige Rolle, denn es war in seinem sicherheitspolitischen Interesse, die schiitischen Gruppierungen in Afghanistan zu unterstützen und einerseits den saudischen und pakistanischen Einfluss soweit es ging durch eigene Zuwendungen zu relativieren und andererseits die Besetzung des Nachbarlandes durch kommunistische Truppen rückgängig zu machen. Da die Anführer der Mudjahedin, die „Warlords“, untereinander zerstritten waren, versuchte jedes Land, die seinen Zielen am nächsten stehende Partei zu unterstützen. Die in Afghanistan vorkommenden Unterschiede in der religiösen Ausrichtungen des Islams oder auch säkularisierte Bestrebungen, sowie die Unterschiede zwischen der Vielzahl der dort lebenden Ethnien, wurden betont und instrumentalisiert. Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen 1988 und dem wenig später folgenden Zusammenbruch der Sowjetunion verbesserte sich die Lage der afghanischen Bevölkerung keineswegs. Denn nach dem

Rücktritt der kommunistischen Regierung stritten sich die afghanischen Warlords um die Vormachtstellung in Afghanistan. In ihren Kämpfen wurden sie weiterhin von ausländischen Akteuren unterstützt. Die Vorkommen an Öl und Gas in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion verstärkten das Interesse der externen - der lokalen und der westlichen - Akteure. Um in Afghanistan eine stabile politische Lage vorzufinden und mit dem Abbau der in der Gegend vorkommenden Ressourcen zu beginnen, wurden die Taliban, denen auch Osama Bin Laden nahe stand, unterstützt, die 1994 als eine weitere Partei in diesen Krieg eintraten. Finanziert und materiell unterstützt wurden die Taliban durch den ISI, welcher zu diesem Zweck von den USA unterstützt wurde.

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001, begannen die USA und die sich mit ihr solidarisierenden Staaten - darunter auch Deutschland - ihren „Krieg gegen den Terror“. Schon am 7. Oktober 2001 starteten amerikanische und britische Streitkräfte mit der Operation Enduring Freedom die Bombardierung Afghanistans. Nach dem Angriff wurde beschlossen, das Land durch die Errichtung verschiedener so genannter Provincial Reconstruction Teams (PRTs) zu verwalten, eine demokratische Regierung zu installieren und es dem ausländischen Kapital durch rechtliche Absicherungen, durch die Besetzung wichtiger Schlüsselpositionen im neuen Staatsgebilde mit loyalen und politisch geschulten Kräften und durch eine militärische Okkupation des Landes zugänglich zu machen. Ob der afghanischen Bevölkerung unter sich auf Demokratie berufenden Herrschaftsträgern das widerfährt, was ihr Jahrzehnte lang verwährt blieb, nämlich Unversehrtheit und Freiheit vor Ausbeutung und Gewalt, scheint mehr als fragwürdig. Denn egal mit welcher Ideologie die Herrschaft über die afghanische Bevölkerung gerechtfertigt wurde, stets wurde sie von ihren Machthabern, wie eben auch schon zu Zeiten des Monarchen Amir Abdul Rhaman, ausgebeutet. So wird die so hoch gepriesene „Demokratisierung“ Afghanistans und deren militärische Absicherung durch die westlichen Besatzungstruppen nicht zuletzt dazu dienen, seine viel geschundene Bevölkerung weiter auszubeuten, da auch das neue System nicht die Interessen der afghanischen Bevölkerung, sondern nur die ihrer Machthaber und deren ausländischer Verbündeter repräsentiert. Denn auch deren Engagement ist nicht dem Wohlergehen der afghanischen Bevölkerung gewidmet, wie sie es so oft propagieren, sondern findet viel mehr zum Zweck seiner Ausbeutung statt. Unter diesem Blickwinkel ist auch Deutschlands Engagement in Afghanistan zu betrachten, das nach 58jähriger Pause wieder an seine Tradition anknüpft und zur Durchsetzung seiner Interessen im Ausland nun erneut auf militärische Invasion und Okkupation zurückgreift, wie in diesem Beitrag besonders anhand der Rolle der Parteinstiftungen und dem Aufbau des Polizeiwesens gezeigt werden soll.

Deutschland mehr Kontinuität als Wandel

Immer wieder betont die BRD, wie sehr sie sich von ihrem Vorgängerstaat Nazideutschland unterscheidet. Dies mag womöglich für das neu entstandene politische System zutreffen, aber sicher

nicht für die Besetzung hochrangiger Ämter, in denen viele ehemalige Nazi-Eliten wieder ihren Platz fanden. Dennoch schafft es die BRD hiermit erfolgreich, die Kontinuitäten früherer und heutiger expansionspolitischer Bestrebungen zu verwischen.

Nach dem „heldenhaften“ Sieg der preußischen Truppen über Frankreich - mit deren Hilfe es den französischen Eliten im Übrigen auch gelang die sozialen Fortschritte der Pariser Kommune äußerst blutig niederzuschlagen - wurde am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles vom damaligen König Wilhelm I. das Deutsche Reich ausgerufen. Daraufhin folgte unter der Führung Kaiser Wilhelms II. der Erste Weltkrieg von 1914-1918 mit fast 10 Millionen Todesopfern und ca. 20 Millionen Verwundeten, dann die Weimarer Republik, die sowohl in ihren innenpolitischen Zielen, was an der blutigen Niederschlagung der Münchner Räterepublik zu sehen ist, als auch in ihren außenpolitischen Zielen, besonders was die deutschen Interessen in Afghanistan betrifft, kaum von ihrem repressiven und imperialistischen Kurs abwich. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik wurde Deutschland weiterhin von den Interessen deutscher Groß- und Rüstungsunternehmen geleitet, diesmal unter der Vorherrschaft der Nationalsozialisten, durch die mit dem Überfall auf Polen auch der Zweite Weltkrieg eingeleitet wurde. Nach der Gründung der BRD wurde eine neue Verfassung - das Grundgesetz - ausgearbeitet und einen Parteienstaat installiert, dessen vorrangigste Aufgabe es zu sein scheint, den Machtkampf der Parteien um die Führungsposition zu befriedigen und die innenpolitische Macht der Führungsriege gegenüber dem Volk zu sichern. Jüngste Entwicklungen wie die Einführung des Lauschangriffs und der Videoüberwachung öffentlicher Räume, das Anlegen einer Datenbank für genetische Fingerabdrücke, der Erlass von Sicherheitsgesetzen im Zuge des Kriegs gegen den Terror, „der Wandel des BGS von der paramilitärischen Organisation hin zu einer omnipräsenten Polizeitruppe“¹ - der Bundespolizei, bis hin zur Forderung, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, machen dies deutlich. Außenpolitisch haben sich die Interessen nur marginal geändert, die Rahmenbedingungen enorm. Die diplomatischen und wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten haben sich durch den Trend zur „Demokratisierung“ anderer Staaten von außen bzw. das vorangehende „nationbuilding“ und die Schaffung neuer Absatzmärkte für den Kapitalismus erheblich verbessert. Die Besetzung anderer Länder stellt für deutsche Truppen seit sie im Rahmen der UNO, der NATO und seit neuestem auch der EU agieren, *bislang* weit weniger Probleme dar, als etwa vor 60 oder 90 Jahren.

Die folgende Arbeit setzt sich mit dieser Kontinuität deutscher Außenpolitik auseinander und versucht dies anhand der deutschen Bemühungen, in Afghanistan an Einfluss zu gewinnen, darzustellen. Selbstverständlich haben sich die Anreize für Deutschland seit den Bemühungen Kaiser Wilhelms II. in gewisser Hinsicht geändert. So sind es nicht mehr die Engländer in British India, die es zu bekämpfen gilt, heute sind es, neben der geostrategischen Lage Afghanistans, sicherlich auch die Rohstoffe der zentralasiatischen Region, die ausschlaggebend für Deutschlands Engagement in dieser Region sind. Darüber hinaus dürften zwei Resolutionen des US-Senats aus dem Jahre 1994, in denen es heißt, eine deutsche Beteiligung an UN-Einsätzen aller Art sei die Bedingung für eine amerikanische Unterstützung eines ständigen Sitzes Deutschlands im Sicherheitsrat, eine gewichtige Rolle bei der militärischen Besetzung Afghanistans spielen.² Weiterhin interessant für Deutschland dürfte allerdings auch der Versuch sein, Afghanistan für den Kapitalismus dingbar zu machen und somit möglichst vielen deutschen Firmen einen „Platz an der Sonne“ zu bieten, womit ihnen darüber hinaus auch ein sicherer Sitz in der Nähe, für Europa wichtiger, Öl- und Gasvorkommen und deren Pipelines garantiert wird. Die Intensität der deutschen Einflussnahme auf Afghanistan hat sich

keineswegs verringert und gipfelt heute in der militärischen Besetzung des Landes durch die Stationierung deutscher ISAF-Truppen in Afghanistans Norden.

Neben der militärischen Besetzung Afghanistans versucht Deutschland auf unterschiedlichsten Ebenen seinen Einfluss in Afghanistan zu manifestieren, was nicht zuletzt dann deutlich wird, wenn man sich die Vielzahl deutscher Institutionen in Afghanistan und in Deutschland betrachtet die einen wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf Afghanistan ausüben. All diese Organisationen haben gemeinsam, dass sie bei der Neugestaltung Afghanistans versuchen, sich ein möglichst großes Stück an Einfluss zu sichern, um auch in Zukunft ihre und die Interessen des deutschen Staats umsetzen zu können - denn die internationale Konkurrenz in Afghanistan war schon immer sehr groß.

Diese Institutionen reichen von Bildungs- und Kulturinstitutionen wie der Amani-Oberrealschule Kabul, der Aisha-i-Durani-Schule Kabul, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), dem Goethe Institut Kabul und der Deutschen Welle in Afghanistan (DW), über Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit wie dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sowie dem Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und seinem ausführenden Organ, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), bis hin zu den Parteienstiftungen: Hier sind zu nennen die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS), die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und die Hans-Seidel-Stiftung (HSS). Ferner mischen auch das Auswärtige Amt (AA) und die deutsche Polizei, die dem Bundesministerium des Inneren (BMI) untersteht, kräftig in Afghanistan mit. Letztlich spielt natürlich noch das deutsche ISAF-Kontingent eine zentrale Rolle³ - das Kommando Spezialkräfte (KSK), das vorwiegend im Süden des Landes aktiv am Enduring Freedom (EF) Einsatz und somit an der Kriegsführung gegen die Taliban und Truppen Hekmatyars beteiligt war, wurde vor wenigen Monaten wieder abgezogen.

Die Parteienstiftungen

Die Parteienstiftungen stellen eine Besonderheit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) dar. Während die GTZ ihre Aufträge vom BMZ erhält und nicht selbstständig agieren darf, haben die Parteienstiftungen über die ganze Welt verteilt Länderbüros eingerichtet, von wo aus sie ihre jeweilige Arbeit in der Region betreiben. Im Unterschied zum BMZ und dem DED, welche in ihrer Arbeit jeweils an die Vorgaben des AAs gebunden sind, steht es den Parteienstiftungen relativ frei, sich ihr Betätigungsfeld auszusuchen. Sie werden vom AA und der Regierung nicht daran gehindert politische Arbeit in Ländern zu verrichten, die aufgrund ihrer Klassifizierung mit den Förderungsrichtlinien des AAs kollidieren und somit nicht zu den offiziellen Nehmerländern gehören. Die Parteienstiftungen sind also nicht weisungsgebunden und unterstehen in ihrem Wirkungsfeld lediglich ihren eigenen Richtlinien und Interessen. Der enorme Vorteil, der sich daraus für das deutsche EZ-System ergibt, besteht darin, dass Parteienstiftungen in den jeweiligen Ländern nicht als staatliche Vertreter auftreten, aber durchaus staatliche Interessen wahrnehmen können.

Finanziert werden die parteinahen Stiftungen überwiegend aus Mitteln des Bundes und der Länder (KAS zu 97,3%), sowie aus öffentlichen Zuwendungen, die zur Projektfinanzierung (KAS zu 2,3%) dienen und zum Teil aus Mitteln des AA, des BMI und des BMZ bestritten werden. Die privaten Einnahmen (Fondserträge und Spenden) sind relativ gering (KAS zu 0,4%). Aus rechtlichen Gründen sind die parteinahen Stiftungen strikt von den Parteien getrennt, stehen ihnen aber ideologisch sehr nahe. So homogen

die deutsche Parteienlandschaft mit den zwei großen Volksparteien auch erscheinen mag, so nützlich ist es für die Parteienstiftungen, bei ihrer EZ sich auf gewisse Eigenheiten im Programm der Parteienstiftungen zu berufen, um mit lokalen Gruppen zusammenarbeiten zu können. Während die KAS eher Kontakte zu christlichen Gruppierungen unterhält (Palästina), versucht die FES eher mit gewerkschaftsnahen und säkularisierten Gruppen zusammenzuarbeiten. Allgemein kann aber gesagt werden, dass es das vorrangigste Anliegen aller Parteienstiftungen ist, an der Staatenbildung und der „Demokratisierung“ sowie beim Export deutscher Wert- und nicht selten auch Kulturvorstellungen mitzuwirken, Nehmerländer indirekt und direkt kapitalismusfähig zu gestalten und ihren eigenen Einfluss in der dortigen Region auszubauen und zu festigen. So scheinen die Parteienstiftungen in ihrem Eifer vom Wahlanspruch geprägt zu sein: „was gut für Deutschland ist, ist auch gut für die Welt“.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Afghanistan

Die KAS steht der CDU nahe und unterhält seit 2002 ein Länderbüro in Kabul. Zu ihren politischen Zielen in Afghanistan heißt es auf ihrer Homepage: „Die Konrad Adenauer Stiftung ist eine politische Stiftung der Bundesrepublik Deutschland, die mit ihren Programmen und Projekten einen aktiven und wirksamen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit und Verständigung leistet. Mit ihrer Arbeit in Afghanistan will die Konrad Adenauer Stiftung einen langfristigen Beitrag zum Friedensprozess und zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates leisten und die Entwicklung einer sozialen und ökologisch verantwortlichen Marktwirtschaft unterstützen.“⁴⁴ Die KAS leistete in den Jahren 2002 und 2003 beratende Unterstützung bei der Ausarbeitung der afghanischen Verfassung und konnte so maßgeblichen Einfluss auf die Anpassung Afghanistans ans westliche Rechts- und Wirtschaftssystem nehmen. Ihre Zusammenarbeit mit dem National Center for Policy Research umfasst drei Themengebiete: (1) Staatsbildung, Entwicklung eines demokratischen Rechtsstaates; (2) Wirtschaft; und (3) Gesellschaft und Friedensprozess. Punkt (1) umfasst Aufgabenschwerpunkte wie „Akzeptanz und Entwicklung von Demokratie in Afghanistan“, „Wahlen und Wahlsysteme“ und „Entwicklung des Rechtsstaates“, so wie andere. Punkt (2) sieht vor, soziale Marktwirtschaft als Wegbereiter für den „Wiederaufbau“ der Wirtschaft in Afghanistan zu etablieren, Einfluss auf die künftige Fiskalpolitik zu nehmen, sowie die Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen im Rahmen der Planung des wirtschaftlichen „Wiederaufbaus“ zu berücksichtigen. Unter Punkt (3) will die KAS die Rolle der Frauen in der EZ berücksichtigen. Weiterhin macht sie unter diesem Punkt eine Entwaffnung der Milizen zur Ausgangsbedingung für Frieden.

Zur Demokratiehilfe und den Marktöffnungsversuchen der KAS ist zu bemerken, dass demokratische Elemente der afghanischen Gesellschaft, so wie die Loya Djirga und die traditionelle Vertretung der Bevölkerung im Kleinen, durch eine solche „Demokratisierung“ und durch die Einführung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems seitens des Westens untergraben, marginalisiert und nicht zuletzt verdrängt werden. Auch muss bedacht werden, dass die politische Elite in Kabul nur begrenzten Einfluss auf die Provinzen hat, was in einem demokratischen Verständnis, in dem es auch um die Teilung der Macht geht, durchaus der Zentralisierung der Macht vorzuziehen ist. Die Wahl politischer Abgeordneter und Parteien scheint zwar auf den ersten Blick der Bevölkerung gewisse Freiheiten einzuräumen, allerdings liegt es auch im Wesen politischer Parteien, sich dahingehend zu wandeln (wenn sie nicht schon in diesem Verständnis zur Wahl angetreten sind), in einem politischen Machtkampf um den Führungsanspruch zu versinken und die Interessenvertretung der Bevölkerung zu vergessen.

Die Entwicklung des Rechtsstaates ist für den deutschen Einfluss von besonderer Bedeutung, denn durch ihn kann die afghanische Bevölkerung an ihre Pflichten erinnert werden, bei Verletzung derselben sanktioniert werden und natürlich regelt der Rechtsstaat, wie auch in Deutschland, stets das Verhältnis von Herrschenden und Beherrschten. Des weiteren garantiert die Existenz eines Rechtsstaates stets gewisse Sicherheiten, wenn nicht sogar rechtlich abgesicherte Vorteile sowohl für inländische, als auch für ausländische Kapitalunternehmen. Als ein gravierendes Beispiel sei an dieser Stelle auf den Erlass eines Bankengesetzes der Karzai-Regierung vom 24.9.2003 hingewiesen, das es ausländischen Investoren erlaubt, 100% Eigentum an inländischen Banken zu besitzen. Der Versuch der Errichtung einer sozialen Marktwirtschaft in Afghanistan und deren rechtliche Verankerung heißt also am Ende nichts anderes, als der afghanischen Bevölkerung einen Kapitalismus aufzuzutroyieren und ihr ein Korsett anzulegen, ohne ihr jemals die freie Entscheidung gelassen zu haben, in welcher Art Wirtschaftssystem sie leben möchte.

Bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele in Afghanistan setzt die KAS auch auf ihre Arbeit im Medienbereich - in Form der Zusammenarbeit mit der nationalen afghanischen Medienanstalt RTA, über diese sie Zugang zu einer breiteren Bevölkerungsschicht erlangt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Afghanistan

Die FES steht der SPD nahe. Ihre erklärten Ziele sind es, „Demokratie und Entwicklung weltweit [zu] fördern, zu Frieden und Sicherheit bei[zun]tragen, die Globalisierung solidarisch [zu] gestalten und die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union [zu] unterstützen.“⁴⁵ Zu diesem Zweck unterhält die FES 88 Länderbüros in sechs Weltregionen. „Über Projekte in mehr als 100 Ländern begleitet die Stiftung aktiv den Aufbau und die Konsolidierung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, starker und freier Gewerkschaften sowie das Eintreten für Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter.“ Auch in Afghanistan ist die FES mit missionarischem Eifer aktiv, wo sie, wie viele andere Helferinnen und Helfer, ein Büro in Kabul unterhält.

Dass die FES nicht danach fragt, ob und wie stark die zu missionierenden Länder in den Prozess der Globalisierung eingebunden werden wollen, versteht sich schon beinahe von selbst. Auch beruft sich die FES bei der Umsetzung ihrer Ziele auf Wertvorstellungen, deren Wurzeln nicht zuletzt in der europäischen Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts, sowie in einer darauf aufbauenden, vom Kapitalismus geprägten Moderne (Produktion) und Postmoderne (Ausfunktionalisierung der Gesellschaft und Schaffung neuer Absatzmärkte für kapitalistische Unternehmen) der westlichen Welt, und in diesem Fall speziell Deutschlands, verankert sind. Mit dem Bestreben solche Wertvorstellungen nach Afghanistan zu exportieren und diese dort durch die Rekrutierung und Unterstützung lokaler Akteure zu implementieren, versucht die FES zum einen, durch die Anpassung Afghanistans an deutsche Wert-, Rechts-, Politik- und Wirtschaftsvorstellungen den deutschen Einfluss auf dieses Land zu sichern. Zum anderen versucht sie durch ihre Zusammenarbeit mit den von ihr unterstützten Akteuren, ihren persönlichen Einfluss in diesem Land auf lange Zeit zu sichern.

Die FES unterteilt ihre Arbeit in Afghanistan in sechs Arbeitsbereiche: (1) Die Rekrutierung einer politischen Elite innerhalb der afghanischen Jugend - Young Leaders' Forum (YLF); (2) Frauen und Politik - Women and Politics; (3) Die Unterstützung und Bildung demokratischer Reformgruppen - Democratic Reform Groups; (4) Die Heranbildung einer vielfältigen und selbstbewussten Zivilge-

sellschaft - Civil Society; (5) Die Gewerkschaften - Trade Unions; (6) Staatsbürgerliche Erziehung - Civic Education.

Young Leaders' Forum (YLF)⁶

Ziel des YLF-Projekts ist es, außergewöhnliche Jugendliche darauf vorzubereiten, durch die Schulung von Führungsqualitäten, am Prozess des *nation building* ihres Landes mitzuwirken. Die Jugendlichen nehmen an regelmäßigen wöchentlichen Treffen teil, um in den Bereichen Management, Mitarbeiterführung (leadership) und Journalismus ausgebildet zu werden. Zur Zeit besteht das YLF aus 28 Jugendlichen. Wie bei den von Deutschland finanzierten Schulen, der Amani-Oberrealschule in Kabul und der Aisha-i-Durani-Schule in Kabul, in denen ab Klasse vier Deutsch als erste Fremdsprache unterrichtet wird und in denen ab der Sekundarstufe Deutsch Unterrichtssprache für naturwissenschaftliche Fächer sein wird, hat auch das YLF-Projekt zum Ziel eine zukünftige Elite heranzubilden, die deutsche Interessen in Afghanistan vertreten wird.⁷

Women and Politics⁸

Mit der Verabschiedung der afghanischen Verfassung durch die Constitutional Loya Jirga im Dezember 2003, wurde eine Frauenquote von 25% für das afghanische Parlament festgelegt. Da nur sehr wenige Frauen (wie auch sehr wenige Männer) Erfahrungen im Bereich der „politischen Arbeit“ (formellen Politik) aufweisen und oftmals ein enormes Wissensdefizit im Bereich politischer Institutionen vorherrscht, hat es sich die FES zum Ziel gesetzt, Frauen in den Bereichen Wahlkampagnenstrategien, Führungsqualitäten, politischer Partearbeit und Frauenrechte zu schulen.

Durch die Unterstützung und politische Bildung der in der öffentlichen Politik aktiven Frauen ist die FES also in der Lage, indirekten Einfluss im afghanischen Parlament und in der afghanischen Regierung auszuüben. Durch eine Forderung der Gleichstellung der Frauen, nach in der westlichen Emanzipation verankerten Mustern, benutzt die FES afghanische Frauen als politisches Instrument, versucht einen Entwicklungsprozess nach westlichem Vorbild zu gestalten und macht die Frauen dabei wieder zum Spielball der machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Land: „Historisch wie aktuell fungiert die Frauenfrage in Afghanistan nicht nur als Medium und Instrument für Staatsbildungsbemühungen und antistaatliche Resistenzen, sondern auch als bevorzugte Anschlussstelle für internationale Einflussnahmen.“⁹

Stadt und Land und die Rolle der Frauen als Spielball politischer Mächte

Die etwa 2000 Jahre alte Stadt Kabul wurde 1776 zur Hauptstadt Afghanistans. „Seitdem ist die Stadt das Hauptziel der Angriffe inländischer Machthaber und ausländischer Eroberer gewesen. Ausgehend von der Mentalität der asiatischen Despotie, dass, wer das Zentrum der Macht unter seine Kontrolle bringt, im ganzen Land herrscht, haben in den letzten 250 Jahren despotische Könige, verwöhnte Prinzen und machtbesessene Fürsten Kabul brutal angegriffen, das Machtzentrum eingenommen, es gegen andere verteidigt und schließlich wieder aufgegeben.“¹⁰ Der politische Machtkampf des Zentrums gegen die Peripherie spielte beim Putsch der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) 1978, der Besetzung Kabuls durch provinzielle islamistische Gruppen 1992 und dem Versuch westlicher Länder, Afghanistan von Kabul aus eine westliche Demokratie aufzuoktrozieren, eine bedeutende Rolle.

Gerade der Rolle der Frauen kommt eine Schlüsselfunktion in diesen machtpolitischen Auseinandersetzungen zu und der Versuch verschiedener Gruppen (DVPA, Taliban, westliche Besatzer), sie zu instrumentalisieren spiegelt sich in diesem Machtkampf wider. Konkurrenten in der heutigen Auseinandersetzung sind die

um nation-building bemühte Regierung und die tribalen religiösen Gemeinschaften der Peripherie. „Mit der Zentralisierung des Rechts und einer einheitlichen Reglementierung der Geschlechterverhältnisse versucht der Staat in Bereiche einzugreifen, die zuvor der ausschließlichen Kontrolle durch die primären Gemeinschaften unterworfen waren, und so seinen hegemonialen Machtanspruch durchzusetzen. Für die primären Solidargemeinschaften hingegen vermag die Kontrolle über ‚ihre‘ Frauen, die Identität und Integrität der Gemeinschaften symbolisieren, zum zentralen Ausdruck des Widerstandes gegenüber einem als ‚fremd‘ und autoritär wahrgenommenen Staat zu werden.“¹¹ Durch ihre Bemühungen zur Gleichstellung der Geschlechter in Afghanistan nimmt die FES erheblichen Einfluss auf diesen Machtkampf und macht nicht zuletzt die afghanischen Frauen zum Spielball desselbigen. Zum einen ignoriert die FES den Einfluss afghanischer Frauen innerhalb tribaler und religiöser Gemeinschaften, also dem nicht öffentlichen Leben, denn für sie kann Gleichstellung nur in einer nach westlichem Muster ausfunktionalisierten Gesellschaft stattfinden. Zum anderen trägt die FES, durch den Versuch solche Strukturen aufzubrechen dazu bei, dörfliche Gemeinschaften zu zerstören, über kurz oder lang einen neuen Pool an Arbeitskräften für den Billiglohnsektor zu schaffen und die Frauen ihrer bisherigen Rechte in den dörflichen und religiösen Gemeinschaften zu berauben.

Mag ein Zuspruch an politischen Freiheiten für die Frauen der Kabuler Oberschicht von Vorteil sein, so stellt sich dennoch die Frage, was einem Großteil der afghanischen Frauen das Recht nutzt, ein öffentliches politisches Amt zu begleiten. Zumal viele gar nicht den Anspruch darauf erheben und nur ein Bruchteil der afghanischen Frauen dieses Recht in Anspruch nehmen kann. Weiterhin stellt sich die Frage, was es ihnen nützt bei demokratischen Wahlen für ein Partei¹² zu stimmen, wenn sie dafür jegliche Einflussmöglichkeiten (informelle Politik) in ihrer bisherigen Gesellschaftsordnung aufgeben müssen, da diese Art der Gesellschaftsordnung nicht mehr kapitalismus- und nach westlichem Muster auch nicht demokratiefähig ist. Eine Gleichstellung der afghanischen Frauen wird es zwar in Bezug auf formal rechtliche Aspekte einer Demokratie geben, wenn Frau und Mann gleichberechtigt für eine Partei ihrer Wahl stimmen können, ökonomisch wird diese Gleichstellung aber ebenso wenig wie in Deutschland stattfinden und ein Zurück zu den alten Einflussmöglichkeiten wird für die afghanischen Frauen nicht mehr möglich sein.

Die Sicherung deutscher Interessen durch deutsche Polizisten¹³

Während Deutschland bei der Errichtung einer repräsentativen Parteiendemokratie und der Errichtung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems in Afghanistan federführend mitwirkt, wäre es aus Sicht der deutschen Eliten grob fahrlässig, bei der Absicherung dieser neu installierten Systeme nicht auch maßgeblich beteiligt zu sein - zumal Deutschland in der Geschichte seines Engagements in Afghanistan auf eine lange Tradition bei der Herausbildung und Unterstützung des dortigen Polizeiwesens zurück blicken kann. Weil es in Afghanistan zu Anfang des letzten Jahrhunderts keine Ausbildungsstätte für Polizisten gab, wurde eine solche Mitte der 30er Jahre mit deutscher Hilfe errichtet.

So gibt auch das BMI an, dass die deutsch-afghanische Kooperation im Polizeiwesen an eine lange Tradition anknüpfe, denn deutsche Polizeioffiziere seien schon in den 50er, 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in Afghanistan aktiv gewesen. Dies ist zwar nicht falsch, betrachtet man aber die BRD als Nachfolgestaat sowohl des Wilhelminischen Reiches, der Weimarer Republik als auch des Dritten Reiches, so muss der Zeitraum für die ersten deutschen militärischen Bemühungen in Afghanistan auf das Jahr

1903 zurückdatiert werden. In diesem Jahr lieferte Deutschland 12 Gebirgs-Schnellfeuergeschütze, 18 Feldgeschütze und 2 Haubitzen mit Munition nach Afghanistan. Am 30. September 1915 erreichte eine deutsche Militärexpedition, unter der politischen Leitung von Werner Otto von Hentig und unter der militärischen Leitung von Oberstleutnant Oskar von Niedermayer, Kabul.¹⁴ Diese hatte zum Ziel, eine Revolution in dem von den Engländern besetzten Indien anzuzetteln, sollten diese als Gegner Deutschlands im Ersten Weltkrieg auftreten. „Am 21. April 1924 trafen insgesamt 41 deutsche Offiziere in Kabul ein. Sie wurden als Berater und Ausbilder in der Militärakademie sowie als Piloten und Techniker in der Luftwaffe eingesetzt.“¹⁵ Als es 1924 zu einem Aufstand kam, flog der deutsche Pilot Dr. Weiss auf Ersuchen des damaligen Königs Amanullah mehrere Male in das Aufstandsgebiet und warf dort Bomben ab. „Vor dem Zweiten Weltkrieg übten deutsche pensionierte Heeresoffiziere eine Lehrtätigkeit an der afghanischen Kriegsakademie aus. Ebenfalls in dieser Zeit wurden faschistische Polizeioffiziere nach Afghanistan gesandt.“¹⁶ An diese Tradition knüpfte die BRD an, indem sie von 1957 bis Ende der 70er Jahre finanzielle Unterstützung für das afghanische Polizeiwesen leistete, Afghanistan mit Waffen und Ausrüstung versorgte (1976/77 im Wert von 2 Mi. DM), dort deutsche Polizisten und Polizeioffiziere zur Ausbildung unterhielt und für afghanische Polizisten Schulungen in Deutschland abhielt.

Der gegenwärtige deutsche Polizeieinsatz als Anknüpfung an eine alte Tradition

Zu Beginn des Jahres 2002 hat die Bundesrepublik Deutschland die internationale Führungsrolle für den Wiederaufbau der afghanischen Polizei übernommen. Seit April 2002 existiert in Kabul ein deutsches Projektbüro, in dem 36 Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen aus Bund (BKA und ehemals BGS) und Ländern tätig sind. Im Jahr 2004 errichtete die BRD zwei Außenstellen des Projektbüros in Kunduz und Herat, am 28.2. 2005 errichtete sie eine weitere Außenstelle in Feyzabad. Diese werden durch eine Projektgruppe im BMI unterstützt.

Diese Möglichkeit der Einflussnahme seitens des BMI basiert auf einem Sitz- und Statusabkommen vom 15. März 2002, das die Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe der BRD in Afghanistan regelt. Für die Jahre 2002 und 2003 lies sich die deutsche Bundesregierung ihre Einflussnahme auf das afghanische Polizeiwesen insgesamt 24 Mio. € kosten. Am 19. Mai 2004 lies das BMI verlautbaren: „Deutschland wird, wie bereits in den vergangenen Jahren, einen erheblichen Beitrag zum Wiederaufbau der afghanischen Polizei leisten und in den nächsten vier Jahren knapp 60 Millionen US\$ bereitstellen.“¹⁷ Als Aufgabenschwerpunkte der deutschen Polizei nennt das BMI die Beratung der afghanischen Sicherheitsbehörden, die Schulung und Ausbildung afghanischer Polizeirekrutinnen und -rekruten in den Bereichen, Drogen- und Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung sowie die Umsetzung der bilateralen polizeilichen Ausstattungshilfe.

Zentral für die Aus- und Heranbildung des Polizeinachwuchses, also den Aufbau des Polizeiwesens, ist die Entsendung von Ausbildungsberatern an die Polizeiakademie nach Kabul. Der Wiederaufbau der Akademie wurde mithilfe des Technischen Hilfswerks vollzogen und aus Mitteln des Stabilitätspakts Afghanistan von der rot-grünen Bundesregierung finanziert. Die dortigen Ausbildungsberater unterstehen in ihrer Funktion als deutsche Polizisten dem BMI. Vorrangig werden an der Akademie, wie auch Mitte der 30er Jahre des vorherigen Jahrhunderts, viele der Polizisten aus den ehemaligen Streitkräften heranrekrutiert und auf ihre Arbeit vorbereitet. Von Anfang 2002 bis Januar 2004 durchliefen dort 2.000 Rekruten eine Ausbildung, weitere 1.500 pro Jahr sind geplant.

Großzügig wurde Afghanistan auf einer internationalen Konferenz im Februar 2002 die Entsendung von 40 Kraftfahrzeugen zur Unterstützung der dortigen Polizeikräfte zugesagt. Zur Einweisung in deren Benutzung, Instandhaltung und Wartung, wurden im März 2002 weitere Bundesbeamte, diesmal Beamte des BGS, nach Afghanistan entsandt. Im Oktober 2003 lieferte die Bundesregierung weitere 83 Polizeifahrzeuge im Wert von rund drei Millionen Euro. Laut Informationen der Homepage des BMI wurden bislang 800 Kfz nach Afghanistan geliefert.¹⁸

Die Akzeptanz der von Deutschland ausgebildeten Polizei in der Bevölkerung scheint allerdings sehr gering zu sein, was nicht zuletzt durch immer wieder auftretende Proteste gegen Polizei und Polizeistationen deutlich wird.

Deutsche strömen nach Afghanistan, aber für Afghanen ist kein Platz in Deutschland

Am 28. Januar 2004 empfing der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily seinen damaligen afghanischen Kollegen Ali Ahmad Jalali zu einem Gespräch in Deutschland. Dessen Schwerpunkt war neben dem Aufbau der afghanischen Polizei und der Rauschgift- und Terrorismusbekämpfung auch die Rückführung afghanischer Flüchtlinge. Auf der Homepage des BMI heißt es: „Für die in Deutschland lebenden *ausreisepflichtigen* afghanischen Staatsangehörigen haben Bund und Länder ein Rückführungskonzept erarbeitet. Abhängig von der Sicherheitslage vor Ort sowie von aufenthaltsrechtlichen Kriterien soll möglichst noch in diesem Frühjahr mit der Rückführung begonnen werden. Freiwillige Rückkehrer werden mit deutschen und europäischen Rückkehrprogrammen unterstützt.“¹⁹ Schily bat Afghanistan um konstruktive Zusammenarbeit bei der Rückführung und Karzai betonte bei seinem Deutschland-Besuch, dass eben diese Menschen wertvolle Dienste beim Wiederaufbau Afghanistans leisten könnten. „Der deutsche und der afghanische Innenminister waren sich bei ihrem Gespräch darüber einig, dass Bürgerkriegsflüchtlinge stets nur auf die Zeit Zuflucht erhalten sollen, für die in ihrer Heimat eine Gefahrenlage besteht.“²⁰ Sollte die Gefahrenlage in Afghanistan ausschlaggebend für die Ausweisung afghanischer Flüchtlinge sein, so müsste ihnen aber ein unbegrenztes Bleiberecht in Deutschland gewährt werden. Nicht zuletzt deswegen weil der „Krieg gegen den Terror“ für die „westliche Allianz“ immer noch auf externem Territorium stattfindet und Übergriffe der Taliban und US-Luftangriffe, zwei Jahre nach Schilys Vereinbarung mit Jalali, in Afghanistan immer noch zivile Opfer, so genannte „Kollateralschäden“ fordern.

Die schwersten Gefechte im Süden Afghanistans, seit dem Sturz der Taliban, bei denen in der zweiten Maihälfte mehr als 350 Menschen ums Leben kamen, sowie Anschläge im Norden und die von mehreren hundert Taliban gestürmte Polizeikaserne in der südafghanischen Stadt Chora deuten nicht daraufhin, dass die Lage in Afghanistan ruhig und friedlich ist. Selbst die Hauptstadt Afghanistans, Kabul - Sitz vieler internationaler NGOs -, das immer wieder repräsentativ für die Lage in Afghanistan herangezogen wird, ist von massiven Unruhen betroffen. Die nach einem Unfall eines US-Militärkonvois ausgelösten Schüsse führten zu Ausschreitungen und Protesten in Form von Demonstrationen, Sachbeschädigungen, Plünderungen und Brandstiftungen - auch in Büros internationaler Hilfsorganisationen, sowie zu Schießereien. Diese Proteste hatten zur Folge, dass in Kabul Panzer auffahren und die Regierung Karzais eine Ausgangssperre von 22 bis vier Uhr morgens über Kabul verhängte. ISAF-Truppen wurden angewiesen sich im Hintergrund des afghanischen Militärs und der afghanischen Polizei zu halten, um die Bevölkerung nicht unnötig zu provozieren (siehe Kasten).

Trotz dieser prekären Sicherheitslage gab es im Mai letzten Jahres alleine in Hamburg 3000 „ausreisepflichtige“ Afghaninnen und Afghanen von denen 2000 Asyl beantragt hatten. Allerdings ging man davon aus, dass diese kein Asyl erhalten. „Humanitär mag die Lage vor Ort schwierig sein. Die Sicherheitslage ist jedoch so, dass abgeschoben werden kann“, so Innensenator Udo Nagel.²¹

„Afghanistan steht eine große Zukunft bevor:

reich an Bodenschätzen und Naturprodukten, ruft das Land nach Industrialisierung. Dieser Prozeß hat inzwischen begonnen. Erfahrungsgemäß wirkt er sich auf die Menschen aus, nicht immer in günstigem Sinne. Einer solchen Entwicklung kann nur eine bestens geschulte Polizeiführung Herr bleiben.“²² Wohl kaum ein anderes Zitat als dieses aus dem Jahre 1957 könnte die immer noch anhaltende deutsche Interessenpolitik in Afghanistan und ihr Engagement beim Aufbau der afghanischen Polizei besser beschreiben.

Während in Afghanistan unter dem Deckmantel der „Demokratisierung“ eine westliche Interessenvertretung installiert wird, an der nicht nur die KAS und die FES beteiligt sind, ist es von Nöten, die neu gewonnenen Einflussinstrumente zu sichern, was in guter deutscher traditioneller Manier durch den Aufbau des afghanischen Polizeiwesens versucht wird. Durch die Installation einer „Demokratie“ in Afghanistan wird gerade von den Geburtshelfern dieser neuen „Demokratie“ die afghanische Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen fern gehalten und der afghanische Markt für die Großunternehmen der westlichen Industrieländer geöffnet. Sicher wird es schwierig werden sich dieses Korsetts zu entledigen, gerade weil die zentrale Aufgabe afghanische Polizei, die unter deutscher Anleitung aufgebaut wird und insbesondere auch der militärischen Besetzung des Landes, bei der Deutschland mit bis zu 2850 Soldaten das größte ISAF-Truppenkontingent stellt, den Aufbau eines westlichen Interessen dienenden Staatsgebildes militärisch abzusichern. Die wachsenden Konflikte zwischen Besatzern und Bevölkerung zeigen aber, dass die Mehrheit der Afghanen nicht gewillt ist, dies kampflos hinzunehmen.

Anmerkungen:

- 1 Harder, Martina: Polizeisoldaten. Die Erweiterung des Einsatzspektrums des Bundesgrenzschutz. IMI-Magazin Ausdruck Dez. 2005
- 2 Cremer, Uli: Deutschland eine Vetomacht: Vor einem Sitz im Sicherheitsrat oder Realitätsverlust rot-grüner Außenpolitik.
- 3 http://www.kabul.diplo.de/de/Deutsche_Institutionen_in_Afghanistan_Seite.html
- 4 Länderbüro Afghanistan in: <http://www.kas.de/>
- 5 <http://www.fes.org.af/index.html>
- 6 <http://www.fes.org.af/YLF.html>
- 7 <http://www.afghan-aid.de/durani>
- 8 <http://www.fes.org.af/womenplitics.html>
- 9 Kreile, Renate: Befreiung durch Krieg? Frauenrechte in Afghanistan zwischen Weltordnungspolitik und Identitätspolitik. S. 104
- 10 Samimy, Said Musa: Afghanistan - Tragödie ohne Ende? S. 123
- 11 Kreile, Renate, S. 105f.
- 12 „Die Pluralität der Parteien funktioniert als Sicherung und Absicherung nur, wenn die Parteien keine Umschlagstelle des gesellschaftlichen Kampfes mehr sind - selbst auf der Distributionsebene nicht.“ In: Agnoli, Johannes. Die Transformation der Demokratie.
- 13 Polizeiliche Aufbauhilfe in Afghanistan in: <http://www.bmi.bund.de/>
- 14 Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978. S. 8-19
- 15 Ebenda, S. 525
- 16 Ebenda. S. 526
- 17 Innere Sicherheit in Afghanistan unter deutscher Führung weiter stabilisieren in: <http://www.bmi.bund.de/>
- 18 Polizeiliche Aufbauhilfe in Afghanistan. In: <http://www.bmi.bund.de/>

bund.de/

- 19 Schily: Aufbau der afghanischen Polizei wichtig für Sicherheit weltweit. In : <http://www.bmi.bund.de/> (28. 1.04); Hervorhebung des Verfassers.
- 20 Schily: Aufbau der afghanischen Polizei wichtig für Sicherheit weltweit, BMI, 28.01.2004.
- 21 Abschiebung afghanischer Flüchtlinge beginnt Mittwoch in: www.welt.de
- 22 Karl-Heinz Henkel, Der König Saher schickte sie, in: Der Tag, Berlin/West, vom 12.1.1957. Zitat in: Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-78.

<http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1369>

Claudia Haydt:

Effektiver Kolonialismus:

Das zivil-militärische Besatzungsregime zur Ausbeutung Afghanistans

Deutschlands Schlüsselrolle in Afghanistan

IMI-Analyse 2006/005 - in: AUSDRUCK (Februar 2006)

Die Sicherheitspolitik der deutschen Regierung stützt sich genauso wie die der Europäischen Union zunehmend auf die Verknüpfung von zivilen und militärischen Fähigkeiten. Die Europäische Sicherheitsstrategie fordert eine möglichst effektive und „kohärente“ Verknüpfung aller „notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen.“¹ Zivile Komponenten sollen also sowohl parallel zu Militärschlägen als auch zur nachträglichen Konsolidierung zum Einsatz kommen. „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.“ Auch deutsche Strategienpapiere und der Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung beschwören einen „umfassenden Sicherheitsbegriff“, bei dem es „neben militärischen Fähigkeiten nicht zuletzt um genügend ziviles Personal“ geht. Deutsche sicherheitspolitische Interessen haben oberste Priorität und sollen „durch eine enge Verzahnung unserer Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Menschenrechts-, Außenwirtschafts- und Auswärtigen Kulturpolitik“² durchgesetzt werden.

Dass dies nicht zwangsläufig zu einer „Zivilisierung des Militärischen“ führt sondern vielmehr die Gefahr in sich birgt Spielräume für zivile Alternativen weitgehend einzuschränken, soll hier am Beispiel der deutschen Besatzungspolitik in Afghanistan gezeigt werden.

Zivil-militärisches Besatzungsregime

Von Anfang 2002 bis Oktober 2003 war das Aufgabengebiet der ISAF-Truppen mehr oder weniger auf die Hauptstadt Kabul begrenzt. Der dort erfüllte „Sicherungsauftrag“ (security assistance) wurde u.a. auf Drängen der deutschen Regierung als zivil-militärisches Projekt über Kabul hinaus ausgeweitet. Die deutschen Soldaten begannen bereits Ende Oktober 2003 mit dem Aufbau des ersten *Provincial Reconstruction Teams* (PRT) deren Aufgabe es sein sollte, den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wiederaufbauprozess zu koordinieren und militärisch abzusichern. Im Januar 2004 folgte eine PRT-Außenstelle in Taloqan und im Juli 2004 begannen deutsche Soldaten ihren Einsatz im PRT Feyzabad. Durch diese neuen Bundeswehraktionsfelder wird bereits ersichtlich, dass die Truppe ihren Aktionsschwerpunkt in den Norden verschiebt. Im Rahmen von Absprachen innerhalb der NATO wird Deutschland so im Norden des Landes faktisch einen eigenen Besatzungssektor kontrollieren. Dazu wurde im Juli 2005 ein *Regional Area Command* (RAC) unter Brigadegeneral Bernd Kiesheyer eingerichtet. Hauptaufgabe des RAC, das zunächst in Kunduz (ab Frühjahr 2006 in Mazar-I-Sharif) seinen Sitz hat, ist die Koordination der zivil-militärischen Aktivitäten (CIMIC) der zugeordneten Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs). „Damit trägt Deutschland die Verantwortung für die Koordination des Wiederaufbaus im gesamten Norden Afghanistans.“³

Die Aufgaben dieses RAC sind im Operationsplan der NATO genau festgehalten:

- „Koordination der zivil-militärischen Aktivitäten (CIMIC) der zugeordneten Regionalen Wiederaufbauteams (PRT - Provincial Reconstruction Team),

- Koordinierung MEDAVAC Einsatz,
- Koordinierung der militärischen Aktivitäten zur ISAF - Unterstützung der Sicherheitssektorreform
- Koordinierung der Ausbildungsunterstützung für die Afghanischen Streitkräfte (ANA)⁴

Dass hier die rein militärischen Aufgaben zugunsten eines umfassenden Besatzungsmanagements mit Kontrolle fast aller ziviler Sektoren erweitert wurden, fällt sofort auf. Wie dieses Besatzungsregime in die wirtschaftliche Ordnung Afghanistans eingreift, soll im Folgenden kurz skizziert werden.

Wirtschaftliche Interessen / Neoliberale und neoimperiale Politik

Auf der Homepage des Auswärtigen Amtes wird erklärt worin die „Hilfe“ der deutschen Regierung für die Bevölkerung Afghanistans besteht: „Schwerpunkte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit Afghanistan sind die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die Entwicklung der *Privatwirtschaft* und *marktwirtschaftlicher Strukturen*, die Rehabilitierung des *Energiesektors*“⁵ Beim Stichwort „Rehabilitierung des Energiesektors“ sei hier nur kurz erwähnt, dass zu Zeiten der sowjetischen Besatzung der neue deutsche Einsatzschwerpunkt Mazar-I-Sharif das Zentrum der afghanischen Gas- und Ölindustrie war, die immerhin soviel produzierte, dass sie Afghanistan einen Außenhandelsüberschuss bescherte. Bis zum Wiederaufbau dieser Industrie ist Mazar-I-Sharif vor allem als Transportdrehkreuz zwischen dem afghanischen Norden und dem Bundeswehrstützpunkt Termez in Usbekistan von zentraler Bedeutung.

Das große Interesse der deutschen Regierung am Einfluss auf den wirtschaftlichen Wiederaufbauprozess zeigte sich bei Bundeskanzler Schröders Afghanistan-Besuch 2002. Er setzte damals einen deutschen Berater bei der afghanischen Regierung für die Förderung von Investitionen und Handel ein.

Im August 2003 wurde mit deutscher Hilfe die „Afghan Investment Support Agency (AISA)“ eröffnet. AISA ist als „One-Stop-Shop“ für Investoren konzipiert, bei der alle notwendigen Formalitäten geklärt werden können. Die AISA unterstützt Investoren bei der Registrierung und berät hinsichtlich der rechtlichen und sicherheitsrelevanten Rahmenbedingungen.

Die AISA soll besonders für folgende Sektoren ausländische Investoren suchen: Bauwirtschaft, Telekommunikation, Leichtindustrie und Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Konkrete Ergebnisse für deutsche Investitionen/Firmenübernahmen gibt es bereits beim Aufbau eines weiteren GSM-Mobilfunknetzes, im Bereich der pharmazeutischen Industrie, in der Gastronomie und die Übernahme einer Zuckerfabrik in der Provinz Baghlan durch das deutsche Unternehmen Südzucker.

Ziel der deutschen Einflussnahme ist vor allem die Rechtssicherheit für Investitionen. Dazu wurde 2003 mit deutscher Unterstützung der Entwurf für ein neues *Investitionsgesetz* geschrieben. Im Dezember 2004 wurde ein bilaterales *Investitionsschutzabkommen* mit Afghanistan paraphiert. Es liegt der Verdacht nahe, dass es hier

nicht um state-building im Interesse der afghanischen Bevölkerung geht, sondern eher um institution-building zur Absicherung der Interessen ausländischer Investoren.

„Sicherheitssektorreform“

Die deutsche Regierung ist auch maßgeblich an dem Aufbau der afghanischen Polizei beteiligt. Dazu gehört unter anderem die Hilfe bei der Finanzierung der Polizei, etwa durch die „Vermittlung und Koordinierung finanzieller Ressourcen von internationalen Partnern“⁶. Die deutsche Handschrift findet sich beim Aufbau der Polizeistruktur genauso wie bei konkreten Projekten, die über ein deutsches Projektbüro in Kabul abgewickelt werden.

Es geht dabei um Rekrutierung, Ausbildung und Ausrüstung afghanischer Polizeibeamter. „Für die politische Koordinierung des deutschen Beitrags zur Sicherheitssektorreform wurde im Herbst 2003 ein Koordinator im Rang eines Botschafters entsandt.“ Hierbei wurde vor allem das Technische Hilfswerk herangezogen, das 2002 die Polizeiakademie in Kabul baute. Dort können parallel 1600 Polizeioffiziere ausgebildet werden. Die Polizeiausbildung - auch durch deutsche Polizeibeamte ist deswegen so wichtig, da Bundeswehrsoldaten aufgrund von Vorbehalten im Bundestag nicht direkt für die Drogenbekämpfung eingesetzt werden dürfen. Dazu braucht man afghanische „Hilfe“. Das auswärtige Amt vermeldet deswegen auch stolz: „Fortschritte sind auch beim Aufbau einer Drogenbekämpfungseinheit, der Kriminalpolizei, des polizeilichen Gesundheitssystems sowie der Verkehrspolizei in Kabul zu verzeichnen.“ Dass die afghanische Polizei und Justiz nach wie vor nicht für besonders rechtsstaatliches Vorgehen bekannt ist, etwa im Auftrag der Koalitionstruppen foltert oder Frauen die ihre Vergewaltiger anzeigen im Gefängnis landen, wird nicht erwähnt. Vielleicht wissen die Verfasser der folgenden Zeilen doch etwas mehr, auch wenn ihre einzige Sorge dem Image der Polizei gilt: „Um das negative Bild der Polizei in der afghanischen Bevölkerung zu verbessern und ein professionelles Verhalten der neuen Polizeikräfte sicherzustellen, nimmt die Vermittlung von Grund- und Menschenrechten im Ausbildungsprozess einen besonderen Stellenwert ein.“⁷ Der zukünftige Schwerpunkt der Ausbildung liegt allerdings vor allem auf der Grenzsicherung (und damit der Flüchtlingskontrolle) und der Bekämpfung der Drogenökonomie - leider nach wie vor ohne ausreichend Programme, die das Überleben der von diesen Einnahmen abhängigen Bauern sichern. „Zu den dringendsten Aufgaben gehören der schon begonnene Aufbau der Grenzpolizei und - damit eng verbunden - die Ausbildung und Ausstattung einer effizienten Anti-Drogen-Polizei.“⁸ Deutsche Polizeiberater spielen dabei eine wesentliche Rolle, diese können im Gegensatz zu Soldaten entsandt werden, ohne eine Bundestagsdebatte darüber führen zu müssen.

Zum Verwechseln ähnlich: Hilfe und Krieg

Aus Sicht der afghanischen Bevölkerung war seit dem Beginn des so genannten Krieges gegen den Terror im Herbst 2001 die humanitäre Hilfe der westlichen Staaten begleitet von Krieg und Sterben. Die Lebensmittelpakete für die afghanische Bevölkerung, abgeworfen aus den Flugzeugen der Koalition, sahen den explosiven Überbleibseln der gleichzeitig abgeworfenen Streubomben zum Verwechseln ähnlich. Die Unterscheidung zwischen Soldaten, die in Afghanistan im Rahmen von Enduring Freedom an Kampfeinsätzen (häufig auch mit zivilen Opfern) eingesetzt werden und Soldaten, die im Rahmen der ISAF-Mission den zivilen Wiederaufbau ermöglichen sollen, ist wohl auch eher für die Akzeptanz der Militäreinsätze in den Staaten die die Soldaten entsenden, als für die afghanische Bevölkerung gedacht. Doch die afghanische Bevölkerung muss noch mehr tun als „friedliche Soldaten“ und „Antiterrorsoldaten“ unterscheiden, sie muss auch zwischen west-

lichen Sondereinheiten (z.B. KSK-Kämpfern) in Zivil und zivilen Vertretern von Nichtregierungsorganisation (NGOs) unterscheiden, die häufig in nahezu identisch aussehenden hellen Jeeps unterwegs sind. Im Rahmen der Regionalen Wiederaufbauteams (PRT) arbeiten NGO-Vertreter mit ISAF-Soldaten direkt zusammen und treten auch häufig mit diesen zusammen auf.

Diese Kooperation ist Teil der Einsatzstrategie, denn direkte Kampfhandlungen westlicher Soldaten gegen feindliche Armeen sind trotz zahlreicher Auslandseinsätze seltener geworden. Die „Missionen“, „Interventionen“ und sonstigen „Operationen“ - wie Krieg und Besatzung meist genannt werden - finden ganz überwiegend in einem zivilen Umfeld statt, in dem häufig nicht klar ist, wer Kombattant und wer Zivilist ist. Informationen sind folglich nicht nur - für die Bundeswehr sicherheitsrelevant. Dieses Interesse muss mitgedacht werden, wenn als Aufgabe der zivil-militärischen Kooperation im Norden Afghanistans formuliert wird, „So steht in Kunduz die Informationsgewinnung im Vordergrund.“⁹ Erwähnt wird seitens der Bundeswehr zuerst einmal überwiegend die Erhebung von Defiziten bei der Versorgung mit Wasser, im Bildungs- oder Medizinbereich. Dass Informationsgewinnung aber auch militärisch relevant ist, verschweigt sie gar nicht, deswegen gehört es auch zum Ziel herauszufinden, „wie ist die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung?“¹⁰ Schlussendlich erhofft sich dadurch die Bundeswehr „ein umfassendes Lagebild der zivilen Umgebung“ damit - nun wird es ganz deutlich - „die Nutzung ziviler Ressourcen für die militärische Operation verbessert und koordiniert werden“ kann.

Auch für die Bevölkerung in Afghanistan ist die Weitergabe von Informationen zwischen Militär und NGOs leicht nach vollziehbar, u.a. weil beide häufig zusammen auftreten.

„Inakzeptabler Angriff auf humanitäre Prinzipien“

Welche Auswirkung die zivil-militärische Kooperation für die humanitäre Arbeit hat wurde im Jahr 2004 auch für die internationale Öffentlichkeit deutlich. Koalitionstruppen verteilten damals Flugblätter im Süden Afghanistans, auf denen die Bevölkerung dazu aufgerufen wurde, „den Koalitionstruppen sämtliche Informationen über die Taliban, El Quaeda und Gulbuddin (Hekmatyar - Rebellenführer) zu übermitteln“. Dies sei notwendig, um „zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe auch weiterhin bereit gestellt wird“. Nicht nur die Organisation Ärzte ohne Grenzen wandte sich damals öffentlich gegen diese Instrumentalisierung humanitärer Hilfe: „Diese Flugblätter, die unter anderem ein afghanisches Mädchen mit einem Sack Weizen zeigen, stellen einen eindeutigen Versuch dar, *humanitäre Hilfe für militärische Ziele der Koalition zu missbrauchen. Ärzte ohne Grenzen lehnt jegliche Verbindung zwischen der Bereitstellung humanitärer Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Koalitionstruppen ab.*“¹¹

In dramatischen Appellen erklärten die Mitarbeiter, dass so die Helfer ebenso wie die Hilfe für die Bedürftigen gefährdet werden. „Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.“¹²

Nachdem zahlreiche Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen tatsächlich zu Opfern von Anschlägen wurden, sah sich die Organisation am 28. Juli 2004 nach 24jähriger Tätigkeit veranlasst, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. Zu diesem Rückzug erklärte sie öffentlich: „Die Gewalt gegen humanitäre Helfer spielt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Instrumentalisierung der Hilfe durch die US-geführte Koalition in Afghanistan ab. ... Koalitions-

streitkräfte missbrauchen die Hilfe beständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, die ‚hearts and minds‘ der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. *Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unparteilich und neutral angesehen.* Dies wiederum gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst.“

Deutlicher kann die Distanzierung von zivil-militärischer Kooperation kaum formuliert werden. Dennoch verweist die Bundeswehr im Rahmen ihrer Internet-Öffentlichkeitsarbeit unter dem Stichwort „Was genau ist CIMIC“ nach wie vor auf ihre Kooperation mit NGOs und nennt dabei explizit Ärzte ohne Grenzen und die Caritas (die ebenfalls Bedenken gegen die Instrumentalisierung ziviler Hilfe geäußert hat).¹³

Die Genfer Konventionen verbietet in Art. 3, Abs.2. die Instrumentalisierung humanitärer Hilfe für politische Zwecke. Die momentan propagierte Form von zivil-militärischer Kooperation ist aus zwei Gründen entschieden abzulehnen. Sie unterhöhlt das Konzept der neutralen, unparteilichen humanitären Hilfe, die allein die Aufgabe hat Leben zu retten und Leiden zu mindern. Zusätzlich wird „zivile Konfliktbearbeitung“ als Alternative zu militärischem Eingreifen Stück für Stück an Spielraum und an Glaubwürdigkeit verlieren. Für zivile Konfliktlösung und humanitäre Hilfe bleibt so lediglich die Möglichkeit der Begleitung und der Nachsorge von Militäreinsätzen – wobei sie deren Prioritätensetzungen und Interessen unterworfen sind.

Anmerkungen

- 1 „Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Brüssel, 12.12.2003, S. 13.
- 2 „Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD“, 11.11.2005, <http://koalitionsvertrag.spd.de>
- 3 „Chronologie des Einsatzes in Afghanistan (ISAF)“, 16.11.2005, <http://einsatz.bundeswehr.de>
- 4 „Deutschland übernimmt mehr Verantwortung im Norden Afghanistans“, 4.8.2005, <http://einsatz.bundeswehr.de>
- 5 „Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland“ (Stand: Mai 2005), www.auswaertiges-amt.de
- 6 „Beziehungen zwischen Afghanistan und Deutschland“ (Stand: Mai 2005), www.auswaertiges-amt.de
- 7 Ebenda.
- 8 Ebenda.
- 9 „Vor neuen Herausforderung“, 4.1.2005, www.streitkraeftebasis.de
- 10 „Was genau ist CIMIC“, 2.8.2005, <http://www.streitkraeftebasis.de>
- 11 „Flugblatt in Afghanistan verwischt Grenze zw. Hilfe und militärischen Zielen“ (Kenny Gluck, Frankfurter Rundschau vom 5.5.2004), www.aerzteohnegrenzen.at
- 12 Nelke Manders, Projektkoordinatorin von Ärzte ohne Grenzen (damals: Afghanistan)
- 13 „Was genau ist CIMIC“ a.a.O.

<http://www.imi-online.de/download/CH-CIMIC.pdf>

Tobias Pflüger:

Keine weiteren NATO-Soldaten nach Afghanistan

IMI-Standpunkt 2005/063

Allen Erklärungen zum Trotz gerät die NATO in Afghanistan immer weiter in einen offenen Krieg. Die heute von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer angekündigte Erhöhung der Truppenstärke um 10000 oder sogar um 15000 Soldaten spricht eine deutliche Sprache. In der heutigen Sitzung der NATO-Delegation des EU-Parlaments bestätigte Chris Riley vom NATO-Hauptquartier auf Nachfrage, dass die afghanische Bevölkerung selbstverständlich nicht zwischen dem ISAF-Einsatz und dem „Enduring Freedom“-Einsatz - an dem auch das deutsche Kommando Spezialkräfte beteiligt ist, unterscheiden könnte. Außerdem kooperierten beide sehr eng miteinander, so dass es im Prinzip aus politischen Gründen - etwa wegen der öffentlichen Meinung in Deutschland - weiterhin eine formale Trennung beider Einsätze gebe. Auf die Situation in Usbe-

kistan angesprochen, bezeichnete er die Situation als schwierig. Die Bundeswehr unterhalte weiterhin die Militärbasis Termez in einem Land gegen das jetzt die EU Sanktionen verhängt hat. Dieser Stützpunkt würde aber, obwohl keine NATO-Basis, auch für den Nachschub der NATO-Truppen genutzt.

Die EU hält weiterhin an ihrer finanziellen Unterstützung für den Aufbau afghanischer Polizei- und Militärstrukturen fest, die oft nichts als fortgesetzte Warlord-Strukturen sind und unterstützt den NATO-Einsatz mit „zivilen Mitteln“.

Statt einer Aufstockung der NATO-Truppen in Afghanistan ist der Rückzug der NATO-Truppen das Gebot der Stunde.

<http://www.imi-online.de/2005.php3?id=1235>

Tobias Pflüger:

Kennen Sie Usbekistan?

Neues vom deutschen Militäreinsatz in Afghanistan

IMI-Analyse 2005/033 - in: SoZ 1/06 (www.soz-plus.de)

Sieben Tage nach der Bundestagswahl vom 21. September 2005 trat der Bundestag noch einmal zu einer Sondersitzung zusammen. Es ging - wie bei den meisten Sondersitzungen - um die Verlängerung eines Bundeswehreinsatzes, des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan. Der geplante Bundestagsbeschluss wurde im Eilverfahren gefasst. Das Bundeswehr-Mandat «drohte» am 13. Oktober auszulaufen, 5 Tage vor der Konstituierung des neuen Bundestags. So machte man schnellen Prozess: Nach zwei Blitz-Lesungen verlängerte der Bundestag schlussendlich mit 535 gegen 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen das Mandat der Bundeswehr-ISAF-Truppe in Afghanistan um ein weiteres Jahr. Dabei wurde die Obergrenze für die Zahl der dort stationierten Soldaten von 2250 auf 3000 erhöht.

Kurz nach der Verlängerung des ISAF-Mandates wurde am 14. November 2005 ein Bundeswehrsoldat bei einem Sprengstoffattentat in Afghanistan getötet. Schon im Juni 2003 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf einen Bundeswehr-Bus in Kabul vier deutsche Soldaten getötet und 29 weitere verletzt. Offiziell sind bisher 18 deutsche Soldaten beim Afghanistan-Einsatz ums Leben gekommen.

Die NATO, in deren Rahmen der Einsatz stattfindet, beschloss am 9. Juni 2005 eine erhebliche Ausweitung des ISAF-Einsatzes und plant bereits eine dritte Stufe der Ausweitung. Hikmet Cetin, der sog. «Hochrangige Zivile Repräsentant der NATO in Afghanistan», gab in einem Gespräch mit Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament derweil offen zu, dass es erhebliche Probleme bei dieser Phase 3 gebe. Die Gebiete, in denen die NATO dann agiere, seien sehr viel unsicherer als die bisher kontrollierten Gebiete, aber auch dort gebe es erhebliche Probleme. Dies wurde bei einem Gespräch des Autors im Einsatzführungskommando Potsdam-Geltow bestätigt. Die Lageeinschätzung für diese Regionen durch die Bundeswehr lautet: «Nicht ruhig und nicht stabil.»

Enduring Freedom wird fortgesetzt...

Der neue Bundestag beschloss am 8. November 2005, die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom um ein weiteres Jahr fortzusetzen. 519 Abgeordnete stimmten mit ja, 67 mit Nein bei 3 Enthaltungen.

An «Enduring Freedom» beteiligt sich auch die Bundeswehr. Mit mindestens 100 Soldaten der Elitekampfruppe Kommando Spezialkräfte (KSK). Offiziell weiß niemand, was das KSK in Afghanistan gemacht hat und macht. Ein KSK-Soldat machte einmal dem Autor gegenüber die Angabe, dass sie an «vorderster Linie gekämpft» hätten. Ein kleinerer Teil des KSK soll die ISAF-Truppen im Norden Afghanistans unterstützen, während ein größeres Kontingent im Südwesten die US-Truppen beim Kampf gegen Aufständische im Grenzgebiet zu Pakistan verstärken soll. Besonders dort hat sich die Lage in der letzten Zeit zugespitzt.

Unter völkerrechtswidrigem Hinweis auf das «Selbstverteidigungsrecht» wird seit vier Jahren in Afghanistan Krieg geführt. Dieser Krieg hat Tausenden von Zivilisten das Leben gekostet und hält Deutschland in einem permanenten Kriegszustand. Es handelt sich um einen enormen Vorratsbeschluss: Derzeit sind im Rahmen

von Enduring Freedom nach Bundeswehrrangangaben 260 (!) Soldaten eingesetzt, zukünftig sind 2800 Einsatzkräfte vorgesehen, eine enorme Diskrepanz. Die Öffentlichkeit wird weder informiert, was die KSK-Soldaten dort tun, noch wie viele Gefangene sie gemacht oder anderen Truppen überstellt haben, noch wie viele Menschen durch ihre Aktionen schon umgekommen sind und auch ob es Todesopfer unter den Bundeswehrsoldaten gegeben hat.

...und mit ISAF vermischt

Frieden und Ruhe in Afghanistan? Nein. Selbst die FAZ (14.11.05) schreibt, dass «Stabilität nur auf dem Papier» bestehe. In Afghanistan ist Krieg. Die US-geführten Truppen von Enduring Freedom betreiben einen erbarmungslosen Angriffskrieg, bei dem ständig unbeteiligte Bevölkerung als Kollateralschaden in Mitleidenschaft gezogen wird.

In dieser gefährlichen Situation vermischt die NATO, und damit die Bundeswehr den Einsatz ISAF weiter mit dem Einsatz Enduring Freedom. So heißt es im NATO-Beschluss, dass «Maßnahmen zu ergreifen (sind), um die Synergie-Effekte zwischen ISAF und der Operation „Enduring Freedom“ (OEF) zu steigern.» Die US-Regierung und in der Folge der heutige Staatssekretär im Verteidigungsministerium Christian Schmidt forderten immer wieder eine engere Verzahnung von ISAF und Enduring Freedom.

Schmidt meinte am 7.10.05: «Wer weiter auf einer strikten Trennung beharrt, übersieht, dass bei einer Ausdehnung von ISAF auf ganz Afghanistan sich schon zwangsläufig ISAF und OEF als parallele Einsätze eng abstimmen müssen. Die Kämpfer der Taliban und andere Terroristen halten sich vermutlich an keine Unterscheidung in ISAF und OEF, sondern bedrohen alle ausländische Soldaten und eigene Landsleute ohne Rücksicht.»

In der Sitzung vom 6.10.05 der NATO-Delegation des EU-Parlaments bestätigte Chris Riley vom NATO-Hauptquartier auf Nachfrage, dass die afghanische Bevölkerung selbstverständlich nicht zwischen dem ISAF-Einsatz und dem Enduring Freedom-Einsatz unterscheiden könnte. Eine formale Trennung beider Einsätze gebe es im Prinzip aus politischen Gründen - etwa wegen der öffentlichen Meinung in Deutschland. Auf die Situation in Usbekistan angesprochen, bezeichnete er diese als schwierig. Die Bundeswehr unterhalte weiterhin die Militärbasis Termez in einem Land, gegen das jetzt die EU Sanktionen verhängt hat. Dieser Stützpunkt würde aber, obwohl keine NATO-Basis, auch für den Nachschub der NATO-Truppen genutzt.

Die EU wiederum hält weiterhin an ihrer finanziellen Unterstützung für den Aufbau afghanischer Polizei- und Militärstrukturen fest, die oft nichts als fortgesetzte Warlord-Strukturen sind und unterstützt den NATO-Einsatz mit «zivilen Mitteln». Der EU-Rat hat im Übrigen in einer gemeinsamen Sitzung mit der afghanischen Regierung am 16.11.05 eine «EU-Afghanistan-Erklärung» beschlossen, dass die EU alle EU-Mitgliedstaaten dazu auffordert, «ihre substantielle Rolle bei der Zur-Verfügung-Stellung von militärischen und zivilen Ressourcen für die NATO-geführte Internationale Security Assistance Force beizubehalten». Außerdem hat der EU-Rat offen «zur Unterstützung der von den USA geführten Operation Enduring Freedom» angehalten. Damit ruft der EU-Rat

dazu auf, einen völkerrechtswidrigen Militäreinsatz in Afghanistan weiterhin militärisch und zivil zu unterstützen.

Die Bundeswehr in Usbekistan

Die Hauptschlagader des deutschen ISAF-Kontingents in Kabul und Kunduz läuft direkt über den Flugplatz der 114000-Einwohner-Stadt Termez im südlichsten Zipfel von Usbekistan und heißt im Bundeswehr-Amtsdeutsch seit dem 4. Juni offiziell «Einsatzgeschwader Termez». Über den früheren «Lufttransportstützpunkt 3» wird der gesamte Nachschub nach Afghanistan organisiert. Allerdings herrscht in Usbekistan eine Diktatur unter Präsident Islam Karimow. Am 13.5.05 metzelten sog. «Sicherheitskräfte» im Massaker von Andischan mindestens 500 Menschen nieder, wenn nicht mehr. Seither sind die Beziehungen zwischen westlichen Staaten und der Diktatur in Usbekistan offiziell gestört. Die Regierungen der USA und der EU forderten eine, von Usbekistan abgelehnte, unabhängige internationale Untersuchungskommission. Die USA mussten daraufhin ihre Militärbasis Chanabad in Usbekistan räumen, Russland und Usbekistan unterzeichneten einen neuen Freundschaftsvertrag, der vorsieht, dass im Falle einer Destabilisierung Russland Truppen in das Land schicken kann.

Die damalige rot-grüne deutsche Regierung kritisierte das Regime in Taschkent kaum. Doch trotz Widerstand der deutschen Regierung kam es zu EU-Sanktionen gegen Usbekistan. Im Beschluss des EU-Rats vom 14.12.05 heißt es: «Es ist untersagt, a) technische Hilfe im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten und mit der Bereitstellung, Herstellung, Wartung und Verwendung von Rüstungsgütern und damit verbundenem Material aller Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und entsprechender Ersatzteile, unmittelbar oder mittelbar für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Usbekistan oder zur Verwendung in Usbekistan zu gewähren; b) finanzielle Mittel oder finanzielle Hilfe im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten, einschließlich insbesondere Zuschüsse, Darlehen und Ausfuhrkreditversicherungen, für den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr von Rüstungsgütern und damit verbundenem Material oder für die Erbringung von damit verbundener technischer Hilfe und anderen Dienstleistungen unmittelbar oder mittelbar natürlichen oder juristischen Personen, Organisa-

tionen oder Einrichtungen in Usbekistan oder zur Verwendung in Usbekistan bereitzustellen.» Die deutsche Bundesbank vergibt allerdings Ausnahmegenehmigungen, die, laut Bundesbank-Homepage, im Servicezentrum Finanzsanktionen der Deutschen Bundesbank zu stellen seien.

Und am 9. und 10. Dezember hat der Verteidigungsstaatssekretär Friedbert Pflüger (CDU) mit der Regierung unter dem Präsident Karimow einen für die NATO und die Bundeswehr zentralen Deal gemacht: Trotz der gegen das usbekische Regime verhängten EU-Sanktionen darf die Bundeswehr den Stützpunkt Termez weiter nutzen, und somit auch alle anderen NATO-Staaten.

Der usbekische Innenminister Sakir Almatow ließ sich daraufhin kurz vor Weihnachten in einer Klinik in Hannover (dem Herkunftsort des Staatssekretärs Friedbert Pflüger) medizinisch behandeln, obwohl er wohl einer der Hauptverantwortlichen des Massakers von Andischan ist und für alle usbekischen Regierungsmitglieder ein Visaverbot besteht.

Deutschland vergibt an Usbekistan umfangreiche Militärhilfe, zuletzt wurde Sanitätsmaterial aus Beständen der Bundeswehr in Höhe von 280000 Euro an Usbekistan verschenkt. Die Schenkung sei «Ausdruck der guten Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Usbekistan auf militärischem Gebiet», so der deutsche Botschafter Joachim Kinderlen.

Bei dem Deal zwischen Friedbert Pflüger und der Diktatur in Usbekistan wurde vereinbart, den «Dialog in Bezug auf internationale Terrorismusbekämpfung, Wirtschaftsbeziehungen sowie Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit zu beleben». Außerdem wolle die Bundesregierung, so Pflüger, die Sichtweise Karimows zum Massaker in Andischan in der EU «fair» berücksichtigen.

Die Bundeswehr-Homepage sagt es klar: «Gäbe es die Nachschub-Basis der Bundeswehr im usbekischen Termez nicht, dann könnten die deutschen Soldaten in Afghanistan in kürzester Zeit einpacken.» Gut, wir wollen, dass sie einpacken. Damit ist die Forderung für Friedens- und Antikriegsbewegung klar: «Abzug der Bundeswehrtruppen aus Afghanistan. Als erster Schritt: Sofortige Schließung des Bundeswehrstützpunkts in Termez!»

<http://www.imi-online.de/2005.php3?id=1278>

Claudia Haydt:

Lizenz zum Töten

Außer Kontrolle: KSK-Kommandos jagen Drogenbarone in Afghanistan

IMI-Analyse 2005/020b - in: *Junge Welt* vom 29.08.05

In den letzten Wochen und Monaten entwickelte sich eine rege Reisetätigkeit zwischen Deutschland und Afghanistan. Mehr als 100 KSK-Soldaten brachen im Mai Richtung Hindukusch auf, demnächst folgen 750 Soldaten zur Verstärkung des ISAF-Kontingents, und zusätzlich reisen in diesen Tagen einige Dutzend Beamte von Zollfahndung und Bundeskriminalamt nach Kabul, um afghanische Polizisten im Antidrogenkampf zu schulen. 1) Die Nervosität und Konzeptlosigkeit hinter diesem Aktionismus ist kaum zu verheimlichen. Zu gerne hätte die Bundesregierung ein Erfolgsmodell für militärische Interventionen, das sich positiv gegenüber dem US-Debakel im Irak abhebt. Sowohl für die Wahlen in Deutschland wäre dies hilfreich als auch für den erhofften Aufstieg auf der weltpolitischen Bühne mit Hilfe eines Sitzes im UN-Sicherheitsrat. Doch die schöne Fassade des zivil-militärischen Experiments bröckelt. Der Widerstand in Afghanistan nimmt zu, die Kampfhandlungen der westlichen Truppen ebenso, der Drogenhandel floriert wie nie, und das Kommando Spezialkräfte (KSK) erfüllt völkerrechtswidrige Tötungsaufträge. Von einer Normalisierung scheint die Lage in Afghanistan noch Jahrzehnte entfernt und unter den dort eingesetzten Soldaten macht sich Frustration und zunehmend auch Angst breit.

Brüchiger Erfolg

In offiziellen Verlautbarungen der Enduring-Freedom-Allianz überwiegen die Erfolgsgeschichten. Ende Juni meldete das Verteidigungsministerium in Kabul das Ende der Entwaffnung der afghanischen Milizen (dpa, 30.6.2005). Im September wird in Afghanistan gewählt, und die Sicherheitslage ist angeblich so entspannt, daß Kriegsflüchtlinge seit einigen Wochen laut Beschluß der Innenministerkonferenz aus der BRD abgeschoben werden dürfen. Die Hamburger Behörden sind dabei besonders eifrig und wollen nun neben alleinstehenden Männern auch verheiratete Paare abschieben. Daß gleichzeitig der Hamburger LKA-Dienststellenleiter Helmut Hedrich gegenüber dem Hamburger Abendblatt (21.7.2005) vor dem Abflug zu seinem Einsatz in Kabul erklärte, »wir werden dauerhaft Schutzwesten tragen, nachts nicht auf die Straßen gehen. Schließlich ist Kabul das Zentrum einer echten Krisenregion«, das erscheint den deutschen Behörden nicht als Widerspruch.

Zu einer realistischen Lagebeurteilung ist scheinbar keiner der westlichen Alliierten in der Lage. Noch im Winter erklärte die US-Armee die Taliban für fast völlig aufgerieben. »Doch seit dem Frühjahr lieferten sich die islamistischen Kämpfer heftige Gefechte mit afghanischen Soldaten und den sie unterstützenden multinationalen Truppen unter US-Kommando, an der auch Bundeswehrosoldaten beteiligt sind« (spiegel online, 1.7.2005). Dieser Widerstand gilt nach der Entwaffnung der »regulären« Milizen nun ausschließlich als kriminell oder terroristisch. In den sogenannten illegalen Milizen sind nach Schätzungen der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) etwa 120000 Bewaffnete in rund 1800 Gruppen organisiert.

Narkostaat Afghanistan

Besonders die Milizen, die als Privatarmee für Drogenbarone fungieren, sind allem Anschein nach hervorragend ausgebildet und -gerüstet. »Schwer bewaffnete Konvois, bis zu 60 Jeeps voller Opium, Heroin und Morphinbase, rasen über die Ebenen im Westen Richtung Iran«, berichtet der Stern (7.7.2005) und zitiert einen KSK-Mann mit der Aussage: »Wir wissen, daß ehemalige Kräfte des australischen und des britischen Special Air Service dabei sind.« Militärisch sind die Drogenkartelle kaum in den Griff zu bekommen. Schon seit Jahren versuchen die iranischen Behörden - vergeblich - mit über 40 000 Soldaten und Polizisten sowie mit Milliardeninvestitionen in Grenzsicherung (Mauern, Gräben, Überwachung) den Drogen transit aus Afghanistan zu stoppen. 2)

In Afghanistan werden 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts durch Drogenanbau und -handel erzielt. Die Rhetorik der westlichen Staaten blendet aus, daß sehr viele Menschen in Afghanistan existentiell auf diese Einnahmen angewiesen sind und wie stark deswegen der Widerstand sein wird, wenn westliche Truppen - oder von diesen eingesetzte afghanische Sicherheitskräfte - die Mohnfelder vernichten. Im Distrikt Rustak etwa kam es im Mai zu schweren Unruhen, nachdem zahlreiche Mohnfelder niedergebrannt worden waren. In der Weltbankstudie »Breaking the conflict trap« (2003) wird die begrenzte Umsetzbarkeit eines rein sicherheitspolitischen Ansatzes, der nur auf Verbot und Zerstörung der Produktion ausgerichtet ist, erläutert und darauf verwiesen, daß durch bloße Verbotspolitik Bürgerkriege geradezu herbeigeführt werden. »Das Problem dieses produktionsorientierten Ansatzes ist, daß es Gebiete außerhalb der Kontrolle einer anerkannten Regierung enorm wertvoll werden läßt und so automatisch dazu beiträgt, Rebellionen zu fördern.« 3) Erfolgversprechender erscheint es hier, die Kooperation der Bauern durch ökonomische Alternativen zum Mohnanbau zu unterstützen und durch eine aufgeklärte Drogenpolitik in den Abnehmerstaaten (z. B. kontrollierte Abgabe von Heroin an Abhängige) die Gewinnspanne und damit die Attraktivität des Handels zu senken. Überhaupt scheinen sich in Afghanistan viele Fehler aus früheren Phasen der Entwicklungspolitik zu wiederholen. Anstatt beispielsweise den Bauern Mindestpreise für ihre Weizenernte zu garantieren, wird der Preis durch Hilfslieferungen gedrückt.

Letztes Aufgebot

Doch ursachenorientierte und langfristige Drogenpolitik steht nicht auf der Tagesordnung der alliierten Besatzer in Afghanistan. Die Devise scheint zu lauten, wo Gewalt nicht hilft, da ist eben noch mehr Gewalt notwendig. Geplant ist, daß der Bundestag noch vor seiner Auflösung, wahrscheinlich am 7. September 2005, über die Erhöhung des ISAF-Kontingents auf 3000 Soldaten abstimmen soll. Zur Zeit stocken auch zahlreiche andere Staaten ihre Militärkontingente in Afghanistan auf. Großbritannien, die Niederlande, Australien und Spanien schicken jeweils Hunderte Soldaten - meist Spezialtruppen. Teilweise werden damit die ISAF-Kontingente aufgestockt, die Mehrheit wird jedoch für den sogenannten »Antiterrorereinsatz« Enduring Freedom entsandt. Zur offiziellen Begründung heißt es meist: »Sicherung der Parlaments-

wahlen im September«.

Parallel, aber durchaus miteinander verknüpft, werden der ISAF-Einsatz und Enduring Freedom vorangetrieben. Der ISAF-Einsatz soll besonders mit Hilfe der Bundeswehrsoldaten schrittweise auf das ganze Land ausgeweitet werden. Verteidigungsminister Struck erklärte hierzu, es mache wenig Sinn, daß sich die Bundeswehr in Afghanistan räumlich so stark eingrenze. 4) In Kunduz werden die deutschen Streitkräfte in den nächsten Monaten auch von 93 österreichischen Soldaten, überwiegend Elitesoldaten, sogenannte Kaderpräsenzeinheiten, unterstützt. (Der Kurier, 29.7.2005) In Faisabad wird das dortige Bundeswehkontingent in »Sicherheitsfragen« von den Elitetruppen der Kommandospezialkräfte unterstützt. Die meisten Elitesoldaten der verschiedenen nationalen Kontingente befinden sich aber im formal getrennten »Antiterrorereinsatz«, der zur Zeit schwerpunktmäßig die Rebellen in der Grenzregion zu Pakistan und die Drogenökonomie angreift.

Im Rahmen dieser Auseinandersetzung kamen seit Anfang 2005 mehr als 600 Menschen ums Leben, darunter Aufständische, aber auch zahlreiche Zivilisten und rund 50 US-Soldaten (vienna-online, 27.7.2005). Die zahlreichen Opfer in der Zivilbevölkerung tragen sehr zur Verschlechterung der Stimmung gegenüber den Besatzern bei. Anfang Juli starben bei einem US-Luftangriff, vorgeblich auf terroristische Ziele, in der Provinz Kunar im Osten Afghanistans 17 Dorfbewohner, überwiegend Frauen und Kinder. Aber nicht nur die Stimmung gegenüber dem US-Militär ist schlecht, auch die deutschen ISAF-Soldaten sind in der Bevölkerung keineswegs beliebt. Immer wieder sind sie mit Anschlagversuchen und Drohungen konfrontiert. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet am 11.7.2005 von einem Angriff auf einen Konvoi mit Bundeswehrsoldaten nahe Kabul.

Beim deutschen Stützpunkt in Kunduz sollen Flugblätter mit der Forderung nach dem Abzug der ausländischen Truppen verteilt worden sein. (Die Welt, 28.6.2005) Schon im Jahr 2003 zitiert Die Welt einen Bundeswehrsoldaten mit der Äußerung: »Eigentlich wollen uns die Menschen nicht.« Der Artikel konstatierte weiter: »Zuerst seien die Kinder nur freundlich gewesen, in letzter Zeit hätten jedoch die Steinwürfe zugenommen ...« (Die Welt, 16.10.2003) Im Internet sollen Erklärungen afghanischer Islamisten kursieren, in denen Bundeswehrsoldaten der Tötung von Muslimen beschuldigt werden. (Die Welt, 15.7.2005) Die Anwesenheit der westlichen Truppen scheint sich auch negativ auf die Arbeit von Hilfsorganisationen auszuwirken. Daß »Helfer« als Handlanger wahrgenommen werden, läßt sich wohl aus den zunehmenden Anschlägen gegen Hilfsorganisationen schließen. Das liegt möglicherweise einerseits daran, daß diese - mehr oder weniger freiwillig - immer stärker mit Militärs kooperieren, und andererseits die Besatzungstruppen selbst die Trennung zwischen zivil und militärisch verwischen, indem sie versuchen, sich als Entwicklungshelfer in »Wiederaufbauteams« zu präsentieren. Jürgen Lieser, Leiter der Katastrophenhilfe von Caritas International, formuliert in einem Positionspapier, was viele Hilfsorganisationen beschäftigt: »Hilfsorganisationen müssen sich angesichts dieser Entwicklungen fragen, ob sie nicht für politische Zwecke instrumentalisiert werden ...« Enge Kooperation mit dem Militär stelle zudem »die Unabhängigkeit der Hilfsorganisationen in Frage und führt auch zu einer konkreten Gefährdung der Helfer, weil diese von der Gegenseite mit den feindlichen Truppen identifiziert werden.« 5)

Deutsche Killerkommandos

Zivil-militärische Zusammenarbeit auf einer anderen Ebene stellt die Ausbildungshilfe deutscher Polizisten für afghanische Sicherheitskräfte dar. Der Polizeieinsatz ist der einzige bundesdeutsche Einsatz, der auch erklärtermaßen der Drogenbekämpfung gilt.

Bundesinnenminister Otto Schily informierte am 22.7.2005 die Öffentlichkeit: »Die Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels ist eine der wichtigsten Aufgaben Afghanistans. Wir unterstützen Afghanistan in diesem Kampf und werden es durch professionelle Schulung seiner Sicherheitsbehörden in die Lage versetzen, selbst effektiv gegen den Rauschgifthandel vorzugehen.« Allzusehr scheint sich die deutsche Regierung aber nicht auf die Fähigkeit oder Willigkeit der afghanischen Behörden zu verlassen. Es deutet alles darauf hin, daß KSK-Soldaten und andere Spezialtruppen seit Mai 2005 massiv »Drogenbekämpfung« durchführen. Gegenüber dem Stern (7.7.2005) berichteten Soldaten davon, daß »der Einsatz in Afghanistan aufs Ausschalten von Hochwertzielen im Drogengeschäft hinaus(läuft). Einige Offiziere haben uns nach Stabsbriefings klipp und klar gesagt, daß es um Drug Enforcement geht.« Daß hier nicht an rechtsstaatliche Prozesse gedacht ist, ergänzen die Soldaten ganz offen: »Wir sollen die Drahtzieher ausschalten, eliminieren.« Seit Mai 2005 ist bekannt, daß KSK-Kommandos bei ihrem Einsatz im Südosten Afghanistans in begrenztem Umfang über direkte Kampfhandlungen (»direct action«) selbst entscheiden können.⁶ Um was es sich dabei konkret handelt ist erschreckend: »Nie habe man in Calw (dem KSK-Ausbildungslager) so hart »Direct Action« trainiert wie in diesem Jahr, »und zwar die dreckigen Varianten: Mehrere Trupps landen verdeckt, überfallen mit großer Feuerkraft den Feind - kurz gucken, eliminieren.« (Stern, 7.7.2005) Bundeswehrsoldaten üben Attentate, neudeutsch »Assassinationen« - und führen diese wahrscheinlich auch durch. Als »Kommando Spezialkiller« bezeichnet deswegen der Oberstleutnant der Bundeswehr Jürgen Rose das KSK in einem Artikel des Freitag vom 22.7.2005. Das Töten auf puren Verdacht, in der Regel wohl auf Denunziation und Gerüchte hin, widerspricht nicht nur dem Grundgesetz, sondern auch internationalem Recht. Die Genfer Konvention (Artikel 3) regelt klar: »Personen, die nicht direkt an den Feindseligkeiten teilnehmen, ... sollen unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt werden ... Zu diesem Zwecke sind und bleiben in bezug auf die oben erwähnten Personen jederzeit und jedenorts verboten: a.) Angriffe auf Leib und Leben, namentlich Mord jeglicher Art ... d.) Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordnungsmäßig bestellten Gerichtes, das die von den zivilisierten Völkern als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien bietet.« Dieser Schutz vor willkürlichen Hinrichtungen gilt übrigens völlig unabhängig davon, ob es sich um mutmaßliche Drogenkriminelle oder um mutmaßliche Terroristen handelt. Da allerdings der Kampf gegen Drogenkriminalität nicht vom Mandat des Bundestags gedeckt ist, scheint sich die Praxis einzuspielen, Drogenhandel mit Terrorismus gleichzusetzen. Der Bundestagsbeschluß vom 17.11.2001 begrenzt aber die Aufgabe auf Terrorbekämpfung: »Ziel ist es, Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangenzunehmen und vor Gericht zu stellen...«⁷ Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, erklärte auf die Frage, ob KSK-Soldaten entgegen ihres Mandats auch gegen Drogenbosse im Einsatz seien: »Da gibt es Überschneidungen. Ein Terrorist kann sein Terrorgeschäft über Drogen finanzieren.« (ddp, 14.7.2005) Zynisch könnte man vermuten, daß erschossene Drogendealer hinterher immer auch Terroristen gewesen sein werden.

Fehlende Kontrolle

Der Öffentlichkeit und wohl auch vielen Parlamentariern bleiben im Moment kaum mehr als Vermutungen und Indizien über das, was das KSK tatsächlich tut. Auf welcher Grundlage die Bundestagsabgeordneten ihre Entscheidung über eine Ausweitung des Bundeswehrmandats treffen sollen, bleibt völlig unklar. Alle wichtigen Angaben zu den KSK-Einsätzen sind Verschlussache

- obwohl genau diese Einsätze wesentlich zur Eskalation vor Ort und damit auch zur Gefährdung der Soldaten beitragen. Es gibt keine Informationen über den Umfang, über das Einsatzgebiet, über den genauen Auftrag - noch nicht einmal über die gefallenen Soldaten. Und offensichtlich gab es tote KSK-Soldaten; das Internetportal German-Foreign-Policy spricht von bis zu zwölf Toten seit 2001. Eine Aussage, die der ehemalige Brigadegeneral Heinz Loquai indirekt bestätigt. Ihm sei schon vor einiger Zeit zu Ohren gekommen, »daß deutsche Soldaten bei KSK-Einsätzen ums Leben gekommen sind und die Familienangehörigen massiv unter Druck gesetzt werden, um zu verhindern, daß die Medien darüber etwas erfahren.« (Freitag, 22.7.2005) Nach Angaben von spiegel online, 21.5.2005, sind nicht einmal die Obleute der Bundestagsfraktionen über den genauen Auftrag und den militärischen Befehl unterrichtet. Dennoch ist von den meisten Parlamentariern kein Widerstand gegen diese Praxis zu erwarten. Kritische Stimmen kommen allerdings verstärkt von Seiten der Bundeswehrangehörigen und selbst der KSK-Soldaten vor Ort, die sich »als Spielball der Politik sehen« (Stern, 7.7.2005) und befürchten, für einen Sitz im Weltsicherheitsrat von der Bundesregierung verheizt zu werden. Auch wenn die deutschen Todesschwadronen als logische Konsequenz der immer aggressiveren Außen- und Militärpolitik erscheinen: Kriegsverbrechen dürfen niemals toleriert werden! Bundeswehrsoldaten in Afghanistan sind keine Lösung - sie sind Teil des Problems.

Anmerkungen:

- 1 Meldung des Bundesministeriums des Innern, 21.7.2005.
- 2 Gouverneur, Cédric: Der Opiumkrieg an der Grenze des Iran, in: Le Monde diplomatique, 15.3.2002.
- 3 Collier, Paul/A World Bank Policy Research Report: Breaking the conflict trap. Civil War and Development Policy, New York (Oxford University Press) 2003, S. 144.
- 4 vgl. Sipotec. Sicherheitspolitik, Streitkräfte, Wehrtechnik, 21.7.2005.
- 5 Lieser, Jürgen: Helfer als Handlanger? Humanitäre Hilfe in den Zeiten der neuen Kriege. http://www.ageh.de/informationen/con_05/con_1_05/Lieser-Caritas-mue.pdf
- 6 Haydt, Claudia/Pflüger, Tobias: Eskalation in Afghanistan, 27.5.2005. <http://www.imi-online.de/2005.php3?id#1174>
- 7 http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/abr_und_r/jab2002/1/1_2_html#1

<http://www.imi-online.de/2005.php3?id=1219>

Tobias Pflüger:

Gegen Afghanistan-Kriegseinsatz und EU-Unterstützung, Rückzug der Truppen

IMI-Standpunkt 2005/062

Noch-Militärminister Peter Struck spricht davon, dass eine Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr notwendig sei, weil damit britische, us-amerikanische und kanadische Truppen unterstützt werden könnten. Die räumliche Begrenzung des Einsatzes der Bundeswehr wird immer unklarer. Damit ist klar: Es geht um eine schier unbegrenzte Ausdehnung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan.

Strucks Aussage „Wir führen keinen Kriegseinsatz, sondern eine Friedensmission durch“ ist in diesem Zusammenhang schlicht falsch. Selbstverständlich geht es um einen Kriegseinsatz bei dem die NATO-geführte ISAF-Mission eng mit dem us-geführten Militäreinsatz „Enduring Freedom“ verzahnt ist. Die Bevölkerung in Afghanistan unterscheidet nicht zwischen diesen beiden Einsätzen. Teil des Einsatzes „Enduring Freedom“ ist das Agieren des Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr.

Ungeklärt ist weiterhin, ob das KSK Gefangene bei seiner „Terroristenjagd“ in Afghanistan gemacht hat und was mit diesen Gefangenen geschehen ist. Dass hier keine Aufklärung geleistet wird und ein geheimer Krieg am Hindukusch geführt wird, ist einfach ein Skandal. Deutsche Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt, nein im Gegenteil, Sicherheit wird gefährdet durch diesen Einsatz. Die Zeitung „Die Welt“, schreibt gar am 15.07.2005: „KSK-Mission erhöht Anschlags-Gefahr in Deutschland“.

Gravierend ist auch, dass es zu einer engen „zivilen“ Begleitung von militärischem Einsatz und Besatzung durch die Europäische Union initiiert durch die EU-Kommission kommt. Die europäische Dimension des Kriegseinsatzes in Afghanistan beinhaltet EU-Ausbildungshilfe an Polizei und Armee in Afghanistan. Damit muss Schluss sein. Keinen Mann und keinen Euro mehr für den Kriegseinsatz und seine „zivile“ Begleitung in Afghanistan. Gemeinsam mit der Friedensbewegung muss die Forderung weiterhin sein: „Rückzug der Truppen aus Afghanistan!“

Die heutige Abstimmung im deutschen Bundestag (535:14:4) spiegelt nicht die realen Positionen zum Afghanistan-Einsatz in der Bevölkerung wieder, der alte Bundestag ist überhaupt nicht legitimiert diesen Beschluss zu fassen.

<http://www.imi-online.de/2005.php3?id=1234>